

Erscheint täglich außer Montags. Abonnement-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Verwaltung, Preisliste für 1892 unter Nr. 6669.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 2 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Ant. VI. Nr. 4196.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 27. Januar 1892.

Expedition: Beuth-Strasse 3.

Amtliche Berichte über staatliche Arbeiter.

Der Fiskus, der sich eben bei der Bahnverwaltung in Preußen als ein so aufrichtiger Freund der Arbeiter bewährt, bekundet diese Aufrichtigkeit auch bei der Verwaltung der Bergwerke, Hütten und Salinen, die er in Preußen betreibt, und besonders aufrichtig ist er in den amtlichen Nachrichten, die er alljährlich hierüber an das Abgeordnete-nhaus erstattet und eben wieder erstattet hat. Wenn man sich nämlich einmal die Mühe nimmt, eine längere Reihe solcher amtlicher Berichte über die Arbeiterlage bei den Bergwerken u. s. w. des preussischen Fiskus durchzusehen, so erhält man folgende erbauliche Zusammenstellung. Es heißt in dem amtlichen Schriftstück:

Für das Etatsjahr 1883/84:

Der Gesundheitszustand der Arbeiter war im Allgemeinen ein befriedigender... Die allgemeine Aufbesserung in den Lohnverhältnissen hat sich auch auf den fiskalischen Werksbetrieb erstreckt."

Für das Etatsjahr 1884/85:

Der Gesundheitszustand der Arbeiter war während des Berichtsjahres recht günstig... Die Lohnverhältnisse der Arbeiter waren günstig für dieselben."

Für das Etatsjahr 1885/86:

Der Gesundheitszustand der Arbeiterbevölkerung war günstig... Die Lohnverhältnisse... blieben im Allgemeinen für die Arbeiter fast ebenso günstig, wie im Vorjahre."

Für das Etatsjahr 1887/88:

Der Gesundheitszustand der Arbeiter war ein günstiger... Die Verhältnisse der Arbeiter waren im Allgemeinen wiederum recht günstig und erfuhren im Vergleich zum Vorjahre vielfach... eine Besserung."

Für das Etatsjahr 1888/89:

Der Gesundheitszustand der Arbeiter war ein befriedigender... Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter waren im Allgemeinen fortdauernd günstig."

Für das Etatsjahr 1890/91:

Der Gesundheitszustand der Arbeiter war im Allgemeinen ein befriedigender... Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter waren im Allgemeinen günstig."

Der Leser wird wohl dem Zufall danken, der uns die Berichte für 1886/87 und 1889/90 nicht gleich zur Hand haben läßt und ihn davor verschont, dieselben inhaltslosen Phrasen noch zweimal mehr geschrien zu müssen, die ohne Zweifel auch für diese fehlenden Jahre in den amtlichen Berichten enthalten sind. Der Zweck obiger Zusammenstellung ist ja nur, nachzuweisen, mit welcher Hart-

näckigkeit in den amtlichen Berichten, welche das arbeitende Volk bis auf Papier und Druckerschwärze mitbezahlt, die Lage der Staatsarbeiter schöngefärbt wird. Dabei wird mit soviel Geistesarmuth und Oberflächlichkeit verfahren, daß man nicht einmal nach einer Abwechslung im formalen Sinne für die einzelnen Jahre strebt, sondern einfach jedes Jahr dieselben hohlklingenden Phrasen vom letzten Jahr wieder abschreibt. Es geht wie in dem bekannten Liede: "Ob's Jahr ist schlecht, ob's Jahr ist gut" — die Lage der Staatsarbeiter bleibt stets "befriedigend und günstig", oder wenigstens "im Allgemeinen günstig", jedenfalls "im Allgemeinen fast ebenso günstig als im Vorjahre." Und ob Typhus-epidemien durch die Reihen der Arbeiter schreiten, ob die Bergmannskrankheit an Augen und Lunge nach den Beobachtungen der Aerzte ihre stetigen Fortschritte macht, ob die Influenza ganze Belegschaften niedervirft, um ein Beispiel zu nennen, das auch andere Bevölkerungsschichten mittrifft — den amtlichen Berichten ist dies Alles höchst gleichgültig; für sie bleibt der Gesundheitszustand der Arbeiter immer und ewig "im Allgemeinen befriedigend" und die Krankheitsfälle sind immer nur "vereinzelt". Große Streiks, die wie Wirbelwinde über den Bergbau streichen und auch in der Lage der Staatsarbeiter so Manches aufdecken, was der Ausbeutung in den Privatgruben so ähnlich sieht wie ein Ei dem anderen, sie vernichten der bürocratischen Starrheit unserer amtlichen Berichte Nichts anzuhängen — die Lage der Arbeiter war, ist und wird sein "im Allgemeinen befriedigend". Diese Staatsarbeiter stehen nach den Verfassern der amtlichen Berichte außerhalb der ganzen modernen Wirtschaftsentwicklung. Sie nehmen keinen Theil an dem Auf und Ab des von regelmäßigen Krisen durchzuckten Weltverkehrs, an den technischen und sozialen Verschiebungen der Gegenwart — ihr Verstand ist stets "im Allgemeinen befriedigend". Hier kommt die alles Leben erdödtende Starrheit der klassenstaatlichen Bureaukratie zum krassen Ausdruck, weil der Gegensatz zwischen ihr und dem bewegten Lebensverhältnissen zu groß ist, als daß er vom blödesten Auge übersehen werden könnte. Freilich giebt es ein preussisches Abgeordnetenhaus, das sich diesen Hohn auf die Thatsachen alljährlich von Neuem bieten läßt und die amtliche Phrasologie, ohne die Amtsmiene zu verziehen, in seine Wappung umkleben legt. Aber vielleicht findet sich doch einmal eine Spur von Empfindung für die Fragwürdigkeit der Rollen, welche die Berichterstatter und die Berichtempfangenden in dieser Angelegenheit spielen. Er kann, was wir hier nur andeuteten, in hundert Einzelsätzen ausführen. Warten wir einmal ab, ob die Bourgeoisie noch die Kraft hat, aus ihren Reihen einen ehrlichen Kritiker dieser Ungehörigkeiten zu stellen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Januar.

Die erste Verathung des Volksschul-Gesetzes findet gegenwärtig im Landtage statt. So viel Staub dasselbe bei seinem Bekanntwerden aufgewirbelt hat, so grimmig die Parteien sich befehdeten, daß man hätte erwarten sollen, in der Debatte würden die Geister hart auf einander schlagen, so friedlich und einmütig in Beziehung auf das Wesentliche des Gesetzes verlief die Debatte am ersten Verathungstage. Freiservative, Konservative, Nationalliberale, Ultramontane und Polen sprachen sich für die konfessionelle Schule aus. Der freikonservative Abg. Wessel, Landrath seines Reichens, ist im ganzen für die konfessionelle Schule, möchte aber aus finanziellen Gründen auch die Möglichkeit paritätischer Schulen zulassen. Im übrigen bläst er etwas auf der Kulturkampfs-Flöte gegen Katholiken und Polen. Der konservative Abgeordnete von Buch hat an dem Gesetze nicht viel auszusetzen; die Gehaltserhöhung der Lehrer macht ihm etwas Kopfschmerz, auch beklagt er, daß der Grundbesitz durch das Gesetz zu sehr belastet werde. Abgeordneter Enneccerus (nationalliberal) will auch nach Möglichkeit die konfessionelle Schule, und bekämpft nur das übertriebene Konfessionalisitätsprinzip. Wie beim Abg. Wessel läuft auch bei Enneccerus der Schluß der Rede auf Kulturkampferliche Meinungsäußerungen hinaus. Der alte Ultramontane Reichensperger hat gegen das Gesetz nur ein Bedenken, daß in der Schule zu viel gelehrt werde. Außer Religion solle nur noch Lesen, Schreiben und Rechnen gelehrt werden; was darüber, sei vom Uebel, mache die jungen Arbeiter unzufrieden und treibe sie in die Arme der Sozialdemokratie. Der Pole, Abg. von Jazdzewski, spricht gleichfalls seine Zufriedenheit mit dem Gesetze aus. Da haben wir die Gesinnung von mehr als neun Zehnteln des Abgeordnetenhauses, von denen kein Einziger sich genügt fühlt, sich zum Kämpfer für Geistes- und Gewissensfreiheit zu machen. Das Band, welches die Schule, Lehrer und Schüler, an die Kirche bindet, will höchstens der eine etwas lockerer als der andere geknüpft haben. Die Abhängigkeit der Schule von der Kirche wollen alle Parteien, nur handelt es sich um die Etikettenfrage zwischen Kirche und Staat, ob der Staat unter kirchlichem Segen und Rath die Schule beherrschen, oder ob es die Kirche unter Beihilfe des weltlichen Arms thun soll. Für die Sache der Schule, für die Erziehung der Jugend zu denkenden und selbständigen Menschen, wird in keinem Falle etwas gewonnen. Es wäre auch Thorheit, derartiges in einem Volksschul-Gesetz des Klassenstaates zu erwarten, denn eine solche Volkserziehung wäre zugleich der Sturz des Klassenstaates.

Die nationalliberalen Kaufmann- und Gampelmänner haben jetzt endlich die Formel für ihre Anklage gegen den neuen Reichskanzler gefunden. Er hat das

Feuilleton.

Abdruck verboten.

29

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

"Ich fahre fort, meine Herren," nahm Frank seine Rede wieder auf: "und frage Sie, was wir nunmehr von einem gesellschaftlichen Zustande halten sollen, in dem fast nichts mehr von dem erfüllt wird, um dessen willen die menschliche Gesellschaft in ein Vertragsverhältnis getreten. Es ist wahr, das Leben ist geschützt, aber nur vor einem gewaltsamen Tode, nicht vor dem Tode allmählicher Verkümmern durch ungenügende Nahrung, mangelhafte Verpflegung, ungesunde Wohnung, gefährliche Berufsarbeit, Ueberbürdung, Kummer, Noth und Drangsal. Die Beschäftigung des Lebens gegen gewaltthätige Herabdrückung kommt den Besitzenden mehr zu Statten, als den Armen, weil die Besitzenden mehr bedroht sind und mehr Ursache haben, das Leben zu lieben. Aber schon bei der Frage vom Schutz des Eigentums kommen wenigstens zwei Drittel der Staatsangehörigen in die Lage, zu fragen: warum sollen wir das Eigentum schützen, da wir kein Eigentum besitzen und keine Aussicht haben, jemals welches zu erwerben?"

"Sehr wahr," bemerkte Zwan; "es ist eine eigene Geschichte, dem Hungrigen zuzumuten zu wollen, daß er vor dem Brotschranke des Gesättigten Wache stehen und andere Hungrige abwehren soll, während der Gesättigte seine Mit-

tagsruhe hält. Die künstlichen Mittel, die das möglich gemacht, können unmöglich auf die Dauer anhalten. Wir stehen an einem tieferen Abgrunde, als wir glauben."

"Wir stehen jetzt an einem tieferen Abgrunde, als wir glauben," wiederholte Frank, "kein wahreres Wort ist heute gesprochen worden. Denn, nun ändern Sie sich das oben erwähnte Gleichniß vom Hungrigen, der am Brotschranke des Gesättigten Wache steht, so um, daß aus dem Brotschranke ein Geldschrank wird, und daß das Geld im Schranke dem Bedürftigen und seinen Genossen nicht nur fehlt, sondern in der Hand des Besitzers geradezu ein gefährliches Instrument wird. Ja, meine Herren, dieses Geld in der Hand des Besitzers zwingt den Beschäftigten, ein Sklave, ein Tributpflichtiger des faulen Geldsacks zu werden, und ich frage Sie ernstlich, kann in unserem modernen Staate von Freiheit, Gleichberechtigung, von freiwillig eingegangenen Verträgen die Rede sein, wenn ich nur die Wahl habe, sie anzunehmen oder zu verhungern? Ich frage Sie, meine Herren, welcher Zwang ist größer, der, wenn ich mit der Waffe in der Hand den Anderen zur Dienstleistung zwingt, oder der, wenn ich zu ihm sagen kann und sage: "Dien mir, oder ich laß' Dich verhungern?"

"Ein menschenverwürdigendes Bild," meinte Zwan, "aber wahr, ganz wahr!"

Und nun frage ich Sie weiter, meine Herren," begann Frank von Neuem, "wodurch unterscheidet sich unser Rechtszustand von heute von dem Zustande, in welchem sich die Menschen vor Bildung eines Staates befanden? Vergewegenwärtigen Sie sich die Thatsache, daß früher der Mensch frei und unabhängig auf die Erde kam, ein unbefristetes Recht hatte, darauf leben zu können, daß er seine Nahrung nehmen konnte, wo er sie fand, und sie fand, so lange überhaupt Nahrung vorhanden war, daß er Alles thun konnte, was zu

seinem Wohlbefinden gereichte, vorausgesetzt, daß er Niemanden dadurch in seinen natürlichen Rechten beeinträchtigte, zu seinen Dienstleistungen veranlaßt wurde, die ihm nicht durch die Dienstleistungen der Anderen vollständig vergütet wurden. Jetzt, im Gegentheil, findet das Kind des Armen kaum noch das Unerbittliche auf dem Erdboden, trotzdem dieser Boden jetzt unendlich mehr zu bieten hat als früher, und wir klar berechnen können, daß er noch einige hundert Mal mehr bieten kann. Selbst das Billigste, das durch allgemeinen Genuß gar nicht zu Vermindernde, die geistige Bildung wird ihm geschmälert durch unsere zivilisirten Zustände. Sehen Sie, und das ist der aller schlimmste Schandfleck unserer sozialen Einrichtungen. Champagner und Ausern, das sieht auch der Arbeiter ein, kann nicht Jeder jeden Tag genießen, weil die hinreichende Menge dieser Artikel nicht zu beschaffen wäre; und wenn ich meinerseits auch mich nicht entschließen könnte, etwas zu genießen, allein, ohne Verdienst, während es Andere entbehren müssen, so kann ich es doch begreiflich finden, daß eine Anzahl Genußmenschen Alles ausbieten, um diese Genüsse, an denen Alle eben nicht theilnehmen können, für ihren ausschließlichen Gebrauch zu retten. Aber schon an dem Kinde der Armuth ein Unrecht zu begehen, indem man es von dem Genuße an den geistigen Gütern, die unendlich und unverzehrbar sind, ausschließt, das ist so ungeheuerlich, daß unsere Zeit es kaum zu begreifen im Stande ist. Der Schneider, der unserm Dr. Lange die Kleidung fertigt, der Schuhmacher der ihm die Schuhe beschliff, ist nicht jeder Zeit in der Lage, die Werke desselben zu kaufen, obwohl er durch seine Gegenleistung dazu berechtigt wäre, aber das ausbeutende Kapital beschneidet seinen Verdienst dermaßen, daß er für seine geistige Erbauung nichts übrig behält, und die Werke des Dr. Lange

Schulgeseh anfertigen lassen, um das Zentrum zu laufen. Man denke: das Zentrum! Die „Schwarzen“, die Deutschland mit Nacht und Finsternis bedrohen! Nüchtern ist! Da ist der Schwärze und Du Deutscher müßt ihm die Zähne weisen, müßt ihn niederschmettern!

Kurz — der Kulturkampflepper, der leibenslang, mit ausgebreiteter Zunge, Luft schnappend am Boden liegt, soll aufgepeitscht werden und der leibenslange, knieschlottrige Nationalliberalismus will auf der leibenslangen Rosinante hinausreiten und für Freiheit und Licht streiten! Er wird nicht weit kommen, der Ritter von der traurigen Gestalt. Ja, er wird nicht einmal in den Sattel kommen, denn die unglückliche Schindmähre jappst in den letzten Tagen und ist nicht mehr auf die Weine zu bringen — so wenig wie der Nationalliberalismus selbst, und wenn auch der gefällige Fortschritt die Steigbügel hält.

Die Herren Bennisgen und Genossen leiden übrigens an arger Gedächtnisschwäche. Sonst müßten sie wissen, daß mit dem Kulturkampf für den Bösen von Friedrichstraße keine Geschäfte zu machen sind, denn er ist es doch, der nach Kanossa gelaufen ist und sich den bösen Schwarzen auf Gnade und Ungnade ergeben hat.

Was nun den neuen Schulgesetz-Entwurf angeht, so mögen wohl Rücksichten auf das Zentrum Geburtshelferdienste geleistet haben, allein ist solche Politik denn nicht im Geiste der Bismarckschen, von den Nationalliberalen stets verherrlichten Praxis da — ich gebe, damit Du giebst? Und hat der Nationalliberalismus etwa nicht zugejubelt, als vor anderthalb Jahren der Schlachtruf erkundete: Mobilisation der Kirche und Schule gegen die Sozialdemokratie? Wer der Sozialdemokratie den Krieg erklärt, wirft den modernen Ideen den Handschuh hin, fordert sein Jahrhundert in die Schranken, gehört zu den Dunkelmännern, ordnet sich den Nächten der Finsternis unter, marschirt Hand in Hand, Schulter an Schulter mit den „Schwarzen“ — gleichviel ob sie katholisch gelehrt sind oder protestantisch gescheitelt.

Wenn es den Gescheiterten und Geschorenen Spaß macht, einander das Fell zu zerbläuen, so haben wir Sozialdemokraten nichts einzuwenden. Im Gegenteil — wir rufen den feindlichen Brüdern ein veranlagtes: Nur tüchtig drauf los! zu. Je kräftiger sie sich zerzausen, desto leichter unsere Arbeit, desto schneller und gründlicher unser Sieg in dem echten wahrhaftigen Kulturkampf der neuen Welt gegen die alte, des sozialistischen Lichts gegen die anarchische, oßfärsch, junckerlich, kapitalistische Finsternis.

Minister Miquel soll des Volksschul-Gesetzentwurfs halber sein Abschiedsgesuch eingereicht haben, vom Kaiser aber ersucht worden sein, seinen Rücktrittsentwurf mindestens so lange aufzuschieben, bis sich übersehen lasse, zu welchem Ergebnisse die Beratungen der Kommission führen werden. Mag dem sein wie ihm wolle, ein steht fest: Derselbe Miquel hat denselben Gesetzentwurf selbst mit unterzeichnet. Er wäre also im Falle seines Rücktritts genau so inkonsequent wie von jeher und wie der ganze Nationalliberalismus überhaupt.

Die Sparsamkeit ist eine hohe Tugend, wenn sie Arbeitern gegenüber geübt wird, und Sparsamkeit wird auch von der preussischen Staatsverwaltung geübt. Den armen Land-Briefträgern, den Post-Hilfsbeamten, den Weidenstellern, Bremsern und Eisenbahn-Arbeitern, den Kopisten und Hilfschreibern gegenüber ist die Sparsamkeit sehr im Schwange. Der Staat braucht Geld, viel Geld, zumal der preussische. Bei einem Etat von 1850 Millionen muß auf den Groschen geachtet werden, sonst kann man nicht mit Tausenden um sich werfen. Aber auch die Sparsamkeit hat ihre Grenzen. Wenn tausend Söhne der Bourgeoisie als unbefoldete Assessoren herumlaufen, während der Staat es unterläßt, die Richterstellen vollzählig zu besetzen oder zu vermehren, weil ihm die Arbeit so vieler Hilfsarbeiter, welche die richterlichen Geschäfte unentgeltlich oder gegen geringe Diäten besorgen, zu Gebote steht, dann erheben sich die Stimmen aller Organe der Bourgeoisie in Klagen über die Unzulässigkeit des Sparsystems, durch welches die Versorgung von einigen hundert Angehörigen der Bourgeoisie gekemmt wird. Den hunderttausenden Arbeitern und Hilfsbeamten, welche unter dem „Spar-

system“ leiden, wird in der ganzen Presse der „Ordnungs-parteien“, der „Bourgeoisie“ nicht der tausendste Theil der Theilnahme gewidmet, die man einzelnen wenigen Mitgliedern der sogenannten „höheren“ Klassen zu Theil werden läßt, wenn bei ihnen jenes „Sparsystem“ zur Anwendung kommt. Sie verweist man nicht auf die „innere Zufriedenheit“, die allein glücklich macht, wenn man dabei auch Hunger leiden sollte. Auch kein Graf Pfeil und kein Munzer ruft diesen Klagen gegenüber aus: Man zeige mir doch einen verhungerten Assessor; so einer kommt nicht einmal in Romanen vor! —

Ueber die Frauenfrage oder sogenannte Frauen-Emancipation herrschen in den gegnerischen Kreisen höchst konfuse Ansichten. So wird es z. B. als eine befreiende That auf dem Gebiete der Frauen-Emancipation geschildert, daß im englischen Parlament ein Antrag auf Ertheilung des Stimmrechts an Frauen gestellt worden ist. Zur Charakterisirung des Antrags genügt, daß er von einem Konservativen ausgeht und daß es sich um die Ertheilung des Stimmrechts nur an solche Frauen (verheiratete, unverheiratete oder Wittwen) handelt, die juristisch selbstständige Personen sind, d. h. eigene Geschäfte, eigenes Grundeigentum u. s. w. haben und zu den Gemeindefteuern veranlagt sind. Es ist nur eine kleine Zahl von Frauen, die von dieser Maßregel betroffen würde, und obendrein nur solche, für welche persönlich „die soziale Frage“ — wenigstens in den weitaus meisten Fällen — bereits gelöst ist.

Ebenso gedankenlos ist es, dem Umstand, daß jetzt Frauen an einzelnen Universitäten als Lehrerinnen (Dozentinnen, Professorinnen u. s. w.) zugelassen werden, eine emancipatorische Bedeutung beizulegen. Im Mittelalter, als die Universitäten gegründet wurden, kam es sehr häufig vor, daß das Lehramt von Frauen ausgeübt wurde — namentlich in Italien — und Niemand wird behaupten wollen, daß die Stellung der Frauen im Mittelalter eine bessere und würdigere war, als gegenwärtig. Auch weibliche Aerzte, weibliche Anwälte, weibliche Richter waren im Mittelalter nicht selten, so daß es thöricht ist, in dem Umstand, daß jetzt wieder hier und da Frauen als Aerzte, Anwälte u. s. w. thätig sein dürfen, einen Schritt zur Emancipation der Frauen zu erblicken. Wir Sozialdemokraten sympathisiren natürlich mit allen Bestrebungen, welche auf Beseitigung des Vorurtheils von der geistigen Inferiorität der Frau und von deren „Veruf“, Haus- und Küchenflavin zu sein, hinauslaufen, allein wenn in all unseren Universitäten Frauen lehrten, und in all unseren Gerichtshöfen Frauen plaidirten oder auf dem Richterstuhl säßen, so wäre damit die soziale Emancipation der Frauen ebenso wenig bewirkt, als durch die männlichen Professoren, Anwälte und Richter bisher die soziale Emancipation der Männer bewirkt worden ist. Es giebt keine verschiedene soziale Frage für Mann und Frau, und für Mann und Frau giebt es auch nur eine Lösung der sozialen Frage. In der sozialen Emancipation der arbeitenden Klasse ist die Emancipation der Frau ebensoviel enthalten, wie die des Mannes.

„Das Manifest der Kardinalen“. Aus Paris schreibt man uns:

Der Streit zwischen Staat und Kirche ist wieder aufs Neue entbrannt. Man kann lähn behaupten, daß er diesmal von den fünf französischen Kardinalen, die eine umfangreiche Erklärung veröffentlicht haben, welche eine wahre Anklage gegen die Republik bildet, wenn nicht muthwillig, so doch absichtlich vom Jaune gebrochen wurde. Alles ist ihnen ein Gräuel in der Republik; nicht nur, weil dem Klerus keine privilegierte Stellung eingeräumt ist, sondern weil ihm nicht die Schulen und alle sonstigen staatlichen Institutionen ausgeliefert sind; ja noch mehr, weil die kirchlichen Dogmen nicht zu Staatsdogmen erhoben werden. Die Kardinalen erheben sich in der That nicht nur dagegen, daß die kirchlichen Güter eben so gut wie weltliche besteuert werden, daß die Seminaristen gleich anderen Sterblichen in den Militärdienst zu treten haben, daß die Schulen konfessionslos sind; nicht nur dagegen, daß in den Spitälern Wärterinnen angeheilt werden, die mehr darauf bedacht sind, die Kranken dem Tode zu erhalten als für das Jenseits vorzubereiten, sondern auch gegen das „antikirchliche und antisoziale“ Ehegesetz, sowie dagegen, daß den aus der Kirche ausgestreuten Geistlichen gestattet wird, sich zu verheirathen, oder wie die Kardinalen sagen, einen „gottelässlichen Bund“ einzugehen. Damit noch nicht genug, erheben sie sich auch gegen die nichtkirchlichen Verordnungen. Ist ihnen schon die Zivilehe ein Gräuel, so noch mehr das Zivilehegebot. Sie möchten die Menschen von der Wiege bis zum Grabe in der Gewalt der Kirche wissen und Alle, die ohne geist-

lichen Zuspruch sterben, gleich Hundten verscharrt oder wenigstens vor Tagesanbruch beerdigt sehen. Und dabei beklagen sie sich, daß die republikanische Regierung die Gewissensfreiheit angreife! Eine Seele, die apart gezeugt zu werden verdient, bildet die folgende Stelle der geistlichen Anklageschrift: „Der Volksschulunterricht ist unentgeltlich gemacht worden und so in die Hände des Staates gegeben, der allein die Lehrer bezahlt. Gleich darauf wurde er als „obligatorisch“ erklärt und damit die Kindheit dem Staate ausgeliefert; schließlich wurde der Unterricht „weltlich“ gemacht, d. h. jedem religiösen Einfluß entzogen.“

Also Weltlichkeit der Schule, Unentgeltlichkeit der Schule, obligatorischer Besuch der Schule, das sind lauter gottlose Verbrechen! Scheiterhäuser, Scheiterhäuser, wie fehlt ihr den Kardinalen! Fast wäre man versucht, mit der „Kerikal-Feudalen Gazette de France“ zu rufen, daß es die „Vorsehung“ war, die den Kardinalen dieses Schriftstück eingegeben hat, denn in der That lehrt es sich gegen sie selbst. Es zeigt, wie verhasst ihnen die Errungenschaften der Neuzeit sind, wie sehr sie Frankreich hinter 1789 zurückführen möchten, um dann, wie dies der Klerus noch nach jeder Kontrevolution gethan, unter Glockengeläute und Weibrauchopfern das „Te Deum gloriamus“ anstimmen zu können.

Und da verlangen die Kardinalen am Schluß ihres Erusses, daß der Staat die Kleriker als Freunde und Verbündete behandle. Es ist wahr, sie sagen eingangs: „Vor allen Dingen erklären wir noch einmal in Uebereinstimmung mit den Lehren des Heiligen Stuhles und der katholischen Tradition, daß wir der Regierung „form“, die sich Frankreich gegeben hat, keine Opposition machen.“ Da sich aber Form und Inhalt nicht von einander trennen lassen, ist ihre Erklärung wohl nichts anderes als ein Spiel mit Worten, berechnet, den Gegner in Sicherheit zu lullen. Was würden die Kardinalen wohl sagen, wenn man ihnen gegenüber etwa erklärte: „Wir haben nichts gegen die Kirchen einzunehmen, nur wollen wir sie, anstatt zum Gottesdienst, zu Volksversammlungen benützen“ — würden sie dann solche Gebäude, trotz ihrer „Form“, noch immer als Kirchen betrachten?

Uebrigens läuschen sie Niemand mit ihrem Elaborat. Wenn die „Gazette de France“ so entzückt davon ist, daß sie es nicht nur als von der Vorsehung eingegeben erklärt, sondern in ihrer Entschiedenheit, ein belantes Diktum variirend, sogar den geheimen Sinn des Schriftstückes mit den Worten offenbart: „Alle katholischen Wege führen zur christlichen Monarchie“, so sehen die gegnerischen Blätter nicht minder klar. Ja, das Organ der Feudal-Klerikalen hat Recht: die Wege, welche die Kardinalen Frankreich einschlagen lassen möchten, sähet es schnurstracks der Monarchie entgegen.

Auch die „Correspondance nationale“, das Hauptorgan des Grafen von Paris, winkt verständnisvoll dem geistlichen Elaborat zu, dessen Anklagen gegen die Republik sie „ohne Vorbehalt“ bestimmt. Ist es noch notwendig, auf die „Autorität“, den „Soleil“, „Gaulois“ und sonstige reaktionäre Blätter hinzuweisen? Es genügt zu wissen, daß sie alle Beifall klatschen und nirgends ein Mißverständnis ob des Geistes herrscht, der das Schriftstück durchweht. Es ist kein Zweifel: Pfaffen und Royalisten werden nach wie vor, und jetzt vielleicht noch mehr denn je, Schulter an Schulter gegen die Republik kämpfen. Stellen sich die Einen oder Anderen manchmal auch so, als würden sie einander nicht kennen, so geschieht dies doch nur, wie bei Falschspielern, wenn sie einen Dritten vrellen wollen; denn sie gehören von Haus aus zusammen. Der Graf von Paris hat erst neulich, anlässlich des Todes des Bischofs von Angers erklärt: „Mgr. Freppel hatte begriffen, daß das katholische Frankreich die nationale Monarchie braucht. Und er wußte wohl, daß die Monarchie den Katholiken gegen die Aufrechthaltung oder Wiederkehr der Gesehe, die sie unterdrücken, eine wirksame Garantie und unserm bewundernswürdigen Klerus Schutz und Hilfe gegen die Verfolgungen einer wüthenden Sekte bieten wird.“

Was die fünf Kardinalen in fünf langen Zeitungspalten erklären, das hat der Bischof von Sedes erst vor wenigen Tagen in den paar Worten gesagt: „Wir sträuben uns nicht gegen die Republik, unter der Bedingung, daß sie uns die legitimen Freiheiten, die sie uns entziffen hat, wieder giebt.“ Mehrere andere Bischöfe haben sich in lehrer Zeit in ähnlicher Weise ausgesprochen. Auch die Klagen über die Unterdrückung der Kirche sind schon unzählige Male von vielen „Kirchenhirten“ ausgesprochen worden. Was bezwecken also die Eminenzen mit ihrem langathmigen Schriftstück? Diese Frage wird vielfach gestellt, auch vom „Temps“, ohne jedoch eine Antwort zu finden. Diese scheint indes keine allzu schwierige zu sein. Da im nächsten Jahre die Kammerwahlen stattfinden, wollten die Kardinalen der Wahlkampagne eine Direktive geben. Das geistliche Elaborat ist das Wahlmanifest der klerikalen Partei.

Die Klerikalen sind schon seit Langem bemüht, eine politische Partei nach dem Muster der deutschen Zentrumspartei zu bilden. Das Kollektiv-Schriftstück der französischen Kardinalen — es fehlt nur die Unterschrift des Kardinals Lavignerie, Erzbischofs von Algier — bildet augenscheinlich die Basis, auf der sich diese klerikale Union angeheftet der nächsten Wahlen vollziehen soll. Mit dieser Partei hoffen sie wohl Frankreich in ihrem Sinne unthülpeln zu können? Und dazu sollen ihnen natürlich die

werden vertheuert durch die Prozente, die der Kapitalist, verstehen Sie wohl, nicht der Arbeiter, als Buchdrucker, Buchhändler, Papierfabrikant u. s. w. nimmt. Denn, bedenken Sie wohl, das Papier kostet nicht bloß das, was Rohmaterial und Arbeitslohn betragen, sondern der Fabrikant schlägt noch so viel auf den Preis, daß er beim Geschäft reich werden kann; der Drucker läßt sich nicht bloß den Seher- und Druckerlohn, sowie die Abnützung der Maschinen bezahlen, sondern er will reich werden; der Buchhändler will nicht bloß den Drucker, das Papier und die übrigen Spesen bezahlen können, sondern er will einen ansehnlichen Gewinn heraus schlagen, und das bewirkt er, indem er entweder die Werte des Dr. Lange vertheuert, oder indem er den Verdienst des Dr. Lange schmälert, so daß dieser gelegentlich in die Lage kommen kann, keinen neuen Hock bezahlen zu können oder wohl gar bei allen seinen Verdiensten um die Menschheit in Wechselhaft zu gerathen. Habe ich da nicht Recht?

Sie haben ganz Recht, Herr Frank,“ bemerkte der Schriftsteller, „indessen möchte ich Sie doch bitten, Ihre sehr verdienstlichen und theilweis trefflichen Auseinandersetzungen mehr allgemein zu halten und nicht gar zu interessantpersönlich zu werden.“

Ich werde Ihrem Wunsche nachkommen, obwohl ich gern Beispiele aus dem Erfahrungskreise meiner Zuhörer nehme. Und ist es denn nicht wirklich ein eigenes, seltsames Ding, wenn eine staatliche Einrichtung besteht, wonach von Gerichtswegen ein verdienstvoller Mann auf den Antrag eines miserablen Wichtes, der der Menschheit auch nicht das Geringste nützt, der vielmehr vom Schweiß seiner Mitmenschen lebt, um seine Freiheit gebracht wird? Da heißt es immer Gerechtigkeit, Gerechtigkeit! Aber wo bleibt die Gerechtigkeit, wenn erstens die Mehrzahl der Menschen nicht genügend mit Bildungsmitteln versehen wird, wenn zweitens die auf diese Weise Benachtheiligten vor dem Gesehe als gleichmäßig zurechnungsfähig, wie die Gebildeten, angesehen werden, und drittens wenig danach gefragt wird, ob der auch sonst noch von der menschlichen Gesellschaft vielfach Benachtheiligte infolge

von Zuständen, für die er nichts kann, in Noth geräth und dann in seiner Unerfahrenheit und Unbehilflichkeit zu verbrecherischen Mitteln greift?

„Es giebt allerdings“, unterbrach hier der Advokat Streit, „sowohl für minder Zurechnungsfähige, als für Solche, die infolge von wirklicher Noth Verbrecher werden, Milderungs-Bestimmungen in der Abmessung der Strafen, doch erreichen dieselben, meiner persönlichen Ansicht nach, bei Weitem nicht den Grad von Billigkeit, den man verlangen kann. Im Uebrigen halte ich es für eine der ersten Pflichten eines vernünftig organisierten Staates, in den Volksschulen ein gutes Theil Religionsstunden abzuschaffen und an deren Stelle einen Elementar-Unterricht in Gesehskunde einzuführen, damit unter Anleitung des Lehrers der Schüler das Nöthigste von diesen Sachen begreifen und kennen lernt. Der reiche und gebildete Schurke stiehlt sich oft schlau in demselben Falle um das Gesehe herum, wo der Unwissende und von der Noth gebrängte Proletarier dem Arm der Gerechtigkeit verfällt. Dadurch wird das ganze Gerichtswesen zum Handwerk, das Rechtsbewußtsein der Nation entfremdet sich dem wirklich bestehenden Rechte, und der Verurtheilte erkennt in seinem Richter nur noch einen Feind und Unterdrücker. Doch, ich führe mit diesen Auseinandersetzungen die Anwesenden auf Nebenpfade und bitte daher um Entschuldigung, besonders Sie, Herr Frank, der Sie uns nunmehr gefälligst weiter führen mögen.“

„So, meine Herren,“ fuhr Frank mit Eifer fort, „ist es gekommen, daß der ursprüngliche Naturzustand, in welchem der Kampf ums Dasein einen schauerlichen Anblick darbot, um ein Ungeheuerliches verschlimmert worden ist. Schwer findet der Lächliche und Begabte die ihm zusagende Stellung auf Erden, und wenn er nicht in die traurige — Schablone paßt, muß er verflümmern zum Schaden Derer, die seiner Thätigkeit so dringend bedürft hätten. Es herrscht trotz aller ansehenden Ordnung eine förmliche Anarchie; Jeder vergißt, daß er für die Allgemeinheit da ist; der Egoismus ist beinahe eine Tugend, der Gemeinfinn, die Menschenliebe eine Lächerlichkeit, wenn nicht gar ein Verbrechen geworden; erst kommt ich! schreit

Jeder, ohne sich zu fragen, ob an seiner Existenz etwas gelegen ist, ohne zu bedenken, daß er im Augenblicke verloren wäre, wo der Gemeinfinn gänzlich aufhörte. Jeder rafft zusammen, so viel er kann, ohne zu fragen, ob er's braucht, ohne danach zu fragen, wie Vielen er dadurch das Nothwendigste entzieht; und nicht nur sucht der Reiche den Armen noch weiter anzufangen, sondern die Reichen suchen sich selbst gegenseitig zu verschlingen, wie eine Spinne die andere. Und dabei sinken die Menschen, Einer nach dem Andern, als übertriebene Kadaver in die Erde, ohne bei diesem Hejen und Jagen, bei diesem Würgen und Hamstern sich gefragt zu haben, wozu sie denn eigentlich auf Erden gewesen sind. Die Thierwelt zehrt sich gegenseitig auf, aber die Raue frißt nicht die Raue, der Hund nicht den Hund; die Pflanzen vertilgen sich gegenseitig, indem sie den Boden an sich reißen und den anderen die Nahrung und das Licht entziehen, aber die Stärksten, Nützlichsten, Besten bleiben oben auf. Beim Menschen ist derselbe Kampf zu sehen, nur daß das Abtöden und Unterdrücken langsamer, schmerzlicher, raffinierter vor sich geht und daß das Beste und Lächligste gewöhnlich von dem Bösen und Nichtsnutigen unterdrückt wird.“

„Es klingt ganz überspannt, was Sie da sagen,“ bemerkte Lange, „aber es ist wirklich nichts als traurige Wirklichkeit. Ich habe mir sagen lassen, daß, wenn man verschiedene Sorten von Weizen in denselben Boden säet, diese Sorten einen Kampf unter sich haben, bei dem die eine schließlich allein als Siegerin übrig bleibt. Das ist dann aber auch die für den Boden geeignetste und beste. Beim gegenwärtigen Menschenkampfe ist der Streit derselbe, aber das Resultat ist ein entschieden unglücklicheres.“

„Und wodurch wird das Alles möglich?“ fragte Frank weiter. „Einfach dadurch, daß die heute als bedroht erscheinenden Klassen ein ganzes System erfunden haben, welches man die Staatskunst nennt.“

(Fortsetzung folgt.)

Wähler behilflich sein. Darum weisen die Kardinele in ihrem Resümee so sehr auf die Wahlpflicht hin, deren Erfüllung durch alle biedereren Leute eine Nationalvertretung schaffen würde, die mit den Wünschen des Landes in wahren Einklang stünde und geeignet, in der Gesetzgebung die für den politischen Frieden notwendigen Reformen durchzuführen. Die fünf Eminenzen vergessen dabei nur das Eine, daß Frankreich nicht Deutschland ist, wo die Verhältnisse das Zentrum geschaffen und nicht dieses die Verhältnisse geschaffen, wie die Kardinele annehmen. Andere Verhältnisse schaffen nicht nur andere Ansichten, sondern auch andere Parteien, und die französischen Verhältnisse sind eben für keine Zentrumsparthei geeignet. Wenn die Kardinele dies bis jetzt noch nicht erkannt haben, dann werden sie sich diese Erkenntnis sicherlich bei den nächsten Wahlen holen können, denn ist das Proletariat in seiner großen Mehrheit auch noch nicht sozialistisch, so ist es doch ebenso antierikal wie antimonarchistisch und darum zu Allem eher geeignet, als das Manifest der Kardinele der Verwirklichung entgegenzuführen.

Der Nationalrath der Schweiz hat die Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn einstimmig ratifizirt.

Zur Eisenbahn-Expropriation in der Schweiz ergreift der Grütliverein die Initiative. Es war dieses bereits auf der Luzerner Delegirtenversammlung des Grütlivereins für den Fall der Verwerfung des Zentralantrags beschlossen. In einer öffentlichen Versammlung des Grütlivereins zu Zürich wurde vor einigen Tagen ein Beschluß gefaßt, eine Anzahl Vorrechte der Eisenbahn-Gesellschaften zu beseitigen, die Aktien von Verkehrsanstalten nur auf den Namen gelten zu lassen, verschiedene das öffentliche Interesse gegen die Bahngesellschaften schützende Bestimmungen zu erlassen und dem Bunde das Recht zu erteilen, den Betrieb bestehender Eisenbahnen oder die Bahnen selbst zu übernehmen. Es wurde ferner beschlossen, daß das Grütli-Zentralkomitee die Sache förderlich in die Hand nehme und die Verfassungsrevision durch Volksabstimmung anbahne.

Die russische Regierung ist unzweifelhaft ernstlich bemüht, dem Elende der Hungersnoth abzuhelfen. Wir sagen: unzweifelhaft. Denn den Selbsterhaltungstrieb, welcher in den niedersten Organismen lebendig ist, sehen wir auch bei der russischen Regierung voraus, eine so schlechte Meinung wir auch von ihr haben. Statt Regierung wollen wir sagen Zar. Rußland ist ein absoluter Staat, der Zar ist die Regierung, und alle Verwaltung konzentriert sich in der Person des Zaren. Es ist das persönliche Regiment in seiner klassischsten Vollendung. Der Zar ist allmächtig — die Allweisheit wird vorausgesetzt, und wer an sie nicht glaubt, kann sich auf eine unfeindliche Reise nach Sibirien vorbereiten. Und nun hat der Zar seine Allweisheit zu zeigen und seine Allmacht zu üben. Hic Rhodus, hic salta! Der Tag der Probe und Prüfung ist gekommen — „Väterchen“ hat den Befähigungsnachweis zu liefern. Hat? Nein: hatte. Die Probe ist schon vorüber — und „Väterchen“ hat den Befähigungsnachweis nicht erbracht, wohl aber desto gründlicher den Beweis für die Unfähigkeit seines Regiments. An „gutem Willen“ fehlt es gewiß nicht. Wer in schwindelnder Höhe, Abgrund rechts, Abgrund links, ohne Stütze und Halt, auf handbreitem Berggrat wandelt, hat sicherlich den besten Willen von der Welt, nicht in den gähnenden Abgrund zu stürzen. Vom guten Willen hängt das Gelingen jedoch nicht ab. Und „Väterchen“ kann nicht wie er will — trotz aller Allmacht. Helfen will er den Verhungerten — er wäre wahnsinnig, wollte er nicht. Aber wie will er? Versteht er die Lage? Hat er Einsicht in die Verhältnisse? Alles was in Rußland seit Monaten geschehen ist, zwingt zur Verneinung der Frage. Und das allmächtige „Väterchen“ hat auch nicht viel Zeit, an die Noth seiner Unterthanen zu denken. Erst kommt der Gedanke an die eigene Noth. Ringsum Gefahren. Im Schloß, im Park, auf der Straße, auf der Eisenbahn — überall lauert die Gefahr. Auf der Erde und unter der Erde, kein Plätzchen, wohin der Revolver, das Messer, das Dynamit des Nihilisten nicht hindränge. Bis jetzt freilich ist der Zar noch mit blauem Auge davon gekommen, allein Ludwig der Sechzehnte von Frankreich, der vor jetzt 99 Jahren hingerichtet ward, hat ein glückliches Loos gehabt verglichen mit diesem allmächtigen Zaren, der, seit er auf dem Thron sitzt, keine ruhige Stunde gehabt hat, Tag und Nacht, wachend und schlafend, den Dold und die Wurfprobe des Nihilisten sieht. Wenn von Ludwig dem Sechzehnten gesagt wird, daß er für die Sünden seiner Vorfahren gebüßt habe, so läßt Aehnliches sich vom Zar aller Reußen, Alexander dem Dritten sagen: er hat für die Verbrechen des Zarismus zu büßen — und furchtbar ist die Strafe, entsprechend der ungeheuren Last von Verbrechen.

Und der Ausweg? Das Ende? „Väterchen“ besteht: es soll keine Noth sein! Nahrung für die Hungrigen! Doch wer führt den Befehl aus? Da offenbart sich der Jammer dieser zarischen Allmacht. Der Zar wagt sich nicht aus seinem Gefängnis heraus — weil draußen der Nihilismus spazieren geht. Und die Verwaltung des Zarismus zur Verfügung stehen. Die Männer, die Rußland, die „Väterchen“ retten könnten vor einer Revolution — die Männer von Herz und von Hirn — sie verfaulen in den Ständen Sibiriens, in den Bergwerken des Ural, in den Staatsgefängnissen von Schlüsselburg und Petro-Paulowki.

So giebt's keine Hilfe für das bankrotte Zarenthum. Ein Wunder, wenn es heil über den Berggrat hinwegkommt — Hundert gegen Eins, daß es im Abgrund zerfällt.

Eine mysteriöse Geschichte wird aus Sophia (Bulgarien) gemeldet. Ministerpräsident Stambulow, der umerkroten und schlaue Segner der russischen Politik, und deshalb die Zielscheibe zahlloser Verschwörungen und Attentate, ist vorgestern auf einer Spazierfahrt schwer verwundet worden und zwar — und das ist das Mysteriöse — wie amtlich aus Sophia telegraphirt wird, durch eine logische Hand. Ein Revolver, den er bei sich getragen, sei losgegangen und die Kugel ins Bein gefahren. Es wird nicht viel Menschen geben, die sich einreden lassen, daß das Geld für besagten, sehr ruffreundlichen Revolver nicht aus Petersburg gekommen sei. Denn wenn das bankrotte Zarenthum auch für Brot zur Speisung der hungernden Reußen kein Geld hat, für solche Teufeleien hat's immer Geld.

Der Streit zwischen Chili und den Vereinigten Staaten geht seiner friedlichen Beilegung entgegen. Obgleich ein Krieg um solcher Lappalie willen von vornherein unmöglich war, so ist's doch gut, daß diese Angelegenheit, in der die Vereinigten Staaten keine sehr rühmliche Rolle gespielt haben, endlich aus der Welt geschafft wird. Es wäre gut, wenn die Amerikaner den Radapolitiker Blaine, der die Sache — nach bekannten europäischen Mustern — eingefädelt hat, sich gleichzeitig vom Hals schaffen ließe.

Parlamentarisches.

Die Kommission für Abänderung resp. Ergänzung des Reichs-Wahlgesetzes beschloß in ihrer ersten Sitzung den § 9 des Wahlgesetzes dahin abzuändern, daß die einzelnen Wahlbezirke mindestens 800 Einwohner umfassen müssen. Von den Antragstellern waren 400 Einwohner in Vorschlag gebracht. Das Wahlgesetz hat bisher eine Bestimmung über die Größe der Wahlbezirke nicht enthalten, nur im Wahlreglement ist vorgeschrieben, daß dieselben nicht über 8500 Seelen nach der letzten Volkszählung enthalten dürfen. In der Kommission wurde konstatiert, daß speziell in den östlichen Provinzen Wahlbezirke mit nur 10 und noch weniger Wählern gar nicht zu den Seltenheiten gehören. Es sind das Gutsbezirke, welche Gemeinden für sich bilden. Wie es an solchen Orten mit dem Wahlgeheimnis steht, läßt sich denken und ergibt sich am besten daraus, daß das Wahlergebnis fast ausnahmslos ein einstimmiges Votum für den z. B. dem Gutsherrn genehmen Kandidaten ist.

Parteinachrichten.

In Weinhelm fand eine Bezirkskonferenz der Sozialdemokraten des 48. badischen Landtags-Wahlkreises statt, in welcher konstatiert wurde, daß seit der letzten Konferenz die Ausbreitung unserer Partei eine sehr starke gewesen ist. Sogar die Arbeiter der dunklen Bergstraße, und zwar jene in Landenbach, Gemsbach, haben sich organisiert. Auf der Bezirkskonferenz hielten mehrere Parteigenossen aus ländlichen Orten gemäß einem Beschlusse der Badischer Konferenz über verschiedene Themataprobleme Vorträge, die über Erwarten gut gelangen und den Beweis lieferten, daß die Methode, in den Dörfern selbst anfassige Genossen zu tüchtigen Rednern für ihren Bezirk heranzubilden, erfolgreich war.

Eine Volksversammlung in Tübingen drückte der sozialdemokratischen Fraktion des sächsischen Landtags ihre Sympathien aus, protestirte gegen das Verhalten des Landtags gegenüber derselben und forderte von ihm, daß er den sozialdemokratischen Abgeordneten ebenso Sitz und Stimme bei den Deputationsberatungen verstatte, wie den übrigen Landboten.

In Trier schloß sich am 24. Januar stattgebade, für die dortigen Verhältnisse sehr zahlreiche besuchte öffentliche Tischlerversammlung nach einem gewerkschaftlichen Vortrage des Genossen Hengsbach aus Köln einstimmig der Rärnberger Resolution an, welche in der zweiten Beilage der Nr. 10 des „Vorwärts“ veröffentlicht ist. Der Verlauf der Versammlung, welcher eine erhebliche Anzahl Mitglieder des sächsischen Arbeitervereins mit beizuohnten, legte dar, daß auch in jener Domäne des Zentrums die Arbeiterbewegung gute Fortschritte macht.

Der Sozialdemokratische Verein des zweiten Hamburger Wahlkreises erzielte im verfloffenen Jahre eine Einnahme von 18 179,77 M., der eine Ausgabe von 15 603,14 M. gegenübersteht, so daß 2674,63 M. Kassenbestand verbleiben. Die Mitgliederzahl des Vereins beträgt 8188.

Todtenliste der Partei. In Schwelm verstarb am 21. Januar der Parteigenosse Julius Dürholt, 40 Jahre alt an der Schwindsucht. — In Hagen wurden am 20. Januar die Genossen Ritter und Schmolinski beerdigt. Sie haben beide seit ihrem Eintritt in die Partei ihre volle Schuldigkeit gethan.

Volksrechtliches, Gerichtliches etc.

Chr. Gottlieb, verantwortlicher Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“ wurde zu 200 M. Geldstrafe und zu sämtlichen Kosten verurtheilt, weil er die Frau eines Schlossermeisters, welche ihr Dienstmädchen schlecht behandelte, als eine Regäre und Furie bezeichnet hatte. Der Beleidigte wurde die Urtheilspublikation zugesprochen. Gegen das Urtheil wird Berufung eingelegt. Der Angeklagte hatte den Beweis der Wahrheit angetreten und vier Zeugen vorgeführt, von denen drei und zwar zwei unter Eid ausfagen, daß sie gesehen hätten, wie die Frau des Schlossermeisters ihr Dienstmädchen mit dem Handluch um die Ohren geschlagen habe, daß es weinte, wie sie auch sonst des Oestereen das Mädchen mit der Faust in den Rücken gestoßen habe. Das Mädchen selbst bezeugte, daß die in dem fraglichen Artikel behaupteten Thatsachen vollständig auf Wahrheit beruhten. Das Gericht dagegen war der Meinung, wenn man auch annehme, daß die Beleidigte mitunter etwas weit gegangen sei gegen ihr Dienstmädchen, so sei es doch möglich, daß das Mädchen dazu die Veranlassung gegeben habe; daß das nicht der Fall sei, sei nicht erwiesen.

Dem Redakteur Zielowski vom „Ossener Volksfreund“ hatte der Rangirer Goralsky mitgetheilt, der Stationsvorsteher Schiers habe ihn die Treppe hinuntergeworfen, so daß er beide Beine gebrochen habe. Zielowski besprach den Fall in zwei Artikeln so objektiv wie möglich, und publizierte natürlich auch eine Zuschrift der eifässigen Eisenbahndirektion, welche die Mittheilung für unrichtig bezeichnete. Man erhob aber — wie das in Deutschland übliche Gepflogenheit der Beleidigten — trotzdem Anklage. In der Versammlung vor dem Schwurgericht stellte sich heraus, daß Goralsky infolge von Trunkenheit selbst die Treppe hinuntergefallen war. Sämtliche Zeugen mit Ausnahme eines einzigen, der dafür noch in der Verhandlung ebenso wie Goralsky wegen Meineids verhaftet wurde, bestritten Goralskys Behauptung. Das Schwurgericht sprach darauf den Redakteur Zielowski frei. Die ziemlich bedeutenden Kosten hat der Staat zu tragen.

Richard Calwer, während der Haft des Redakteurs Jüge Stellvertreter desselben am Hallschen „Volksblatt“, wurde wegen Beleidigung eines Volkszeigeranten zu 30 M. Geldstrafe und in die Kosten verurtheilt.

Genosse Mittag in Halle, welcher am Weihnachtsfestabend zur Verbüßung einer einmonatlichen Gefängnisstrafe verhaftet wurde, hat dieselbe verbüßt. Man fand ihn feinerzeit der Beleidigung der Hallschen Richter für schuldig, weil er das Urtheil kritisiert hatte, wonach Redakteur Jüge wegen angeblicher Aufreizung 1 Jahr im Gefängnis sitzen sollte. Das Nordhausener Gericht hat demnach nachher in derselben Sache gegen Jüge auf Freisprechung erkannt.

Soziale Uebersicht.

Zu Gunsten der deutschen Buchdruckergehilfen fand am 18. Januar in der Arbeitsbörse zu Paris eine imposante Versammlung statt, in welcher der französische Genosse Thiobault über das Ende des Streiks berichtete und zum Schluß die Anwesenden in begeisterten Worten aufforderte, allen Nationalitätenhader bei Seite zu setzen und sich einzuhalten mit den Arbeitbrüdern jenseits des Rheins, eingedenk dessen, daß es die deutschen Sozialdemokraten waren, welche gegen den Krieg von 1870 protestirten. Der Kongreß von Brüssel habe das zwischen den einzelnen Nationen geknüpft Band enger geschlungen und dem Kapitalismus aufs neue bewiesen, daß die Völker sich nicht länger gegenseitig zerfleischen mögen. Der stürmische Applaus, den Thiobault erntete, bewies, daß auch bei den französischen Arbeitern der Chauvinismus, wenn er je vorhanden gewesen, mehr und mehr an Boden verliert. Eine Resolution, laut welcher die Sammlungen für die Opfer des Streiks fortgesetzt werden sollen, fand einstimmige Annahme.

Achtung, Tischler! Die Arbeiter der Eisenacher Möbelabrik von Köbcher u. Komp. haben die Arbeit eingestellt. Grund: Verlängerung der Arbeitszeit von 11 auf 13 Stunden. Zugang ist streng fernzuhalten. — Die arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Vorstehenden ersucht.

Wegen 10 prozentiger Lohnreduktion haben die Arbeiter der großen Spinnerei von Rauthner & Oestreicher in Grünwald, wie man der „Wostischen Zeitung“ aus Reichenberg i. B. mittheilt, die Arbeit niedergelegt.

Die Schuhfabrikanten in Bristol (England) haben 15 000 Arbeiter ausgesperrt.

Der siebente Kongreß der Töpfer Deutschlands findet in den Tagen vom 8.—10. Juni in Berlin statt. Der Kongreß sollte nach dem Beschluß seines Münchener Vorgängers ursprünglich in Batten abgehalten werden, da man erwartete, daß bis dahin Batten und Berlin durch eine Eisenbahn verbunden sein würden. Weil bis jetzt von einer solchen noch nichts zu sehen, holte der Generalauschuß der Töpfer ein Gutachten des Vertrauensmänner über die Verlegung des Kongressortes ein, und dieselben erklärten sich einstimmig für den Vorschlag des Auschusses, den Kongreß in Berlin tagen zu lassen. Die Battenener Töpfer sprachen in einer öffentlichen Versammlung gleichfalls ihr Einverständnis aus.

Grauenvolle Zustände enthält ein Hülseruf aus Oberfranken, der in bürgerlichen Blättern veröffentlicht wurde. In demselben heißt es: Im Bezirk der bayerischen Pfarrei Schwarzenbach am Wald, die fast durchgängig von Handwerkern bewohnt ist, ist die Noth in ihrer ärgsten Gestalt eingetreten. Seit drei Monaten müssen die sonst fleißigen Hände hungern, und die Weber können trotz allen Bittens von ihren seitherigen Arbeitgebern keine Arbeit mehr erhalten, da durch den neu eingeführten amerikanischen Schußholl auf Zeugnisse der ausländischen Textilindustrie der deutsche Export ganz lahm gelegt wurde und neue Absatzgebiete bisher sich noch nicht erschlossen haben. Was aber eine dreimonatliche Arbeitslosigkeit für eine arme Bevölkerung bedeutet, die lediglich aus dem großen Lohn der Handweber ihren Unterhalt findet, läßt sich denken. Bisher hat doch immer noch der geringe Kartoffelvorrath der größten Noth abgeholfen; aber infolge der Mägen ohnehin sehr gering ausgefallen, ist er jetzt zu Ende, und nun ist ein geradezu erbarmungswürdiger Zustand eingerissen. Ich bin Zeuge davon, daß eine Familie von acht Personen Tag für Tag von etwa 10 Pfennigen Mehl und Wasser einen Brei anrichtet und denselben in der Dampfröhre kocht, und das ist die Tagesnahrung für acht Personen! Anderswo werden auf den Tag nur für drei Pfennige Kaffeebohnen gekauft oder vielmehr geborgt, und davon für 6 bis 9 Personen für den ganzen Tag Kaffee bereitet und dazu zum größten Theil aus Haxermehl gebakenes schwarzes Brot gegessen. Viele Familien haben nicht einmal mehr das. In diese ergreifende Schilderung schließt sich die Bitte um Uebersendung von Viebesgaben.

Es ist nicht eine Schande für die bürgerliche Weltordnung, daß Zustände, die an die Hungersnoth mittelalterlicher Zeiten erinnern, heute noch vorkommen können, trotzdem an Nahrungsmitteln infolge der besseren Transportverhältnisse ein Mangel wie damals gar nicht mehr eintreten kann?

Versammlungen.

Die Schlächtergesellen hielten am 17. Januar eine öffentliche Versammlung mit Damen ab, in welcher an Stelle des verhinderten Reichstags-Abgeordneten Virel Dr. Lätgenau über die Lage der Schlächtergesellen referirte. Die Versammlung beauftragte dann das Agitationskomitee, eine Petition auszuarbeiten, in welcher die Aufhebung der Sonntagsarbeit und die Einführung einer selbständigen Arbeitszeit gefordert wird. Diese Petition ist der nächsten öffentlichen Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. In dieser Versammlung wird auch für diesem Zweck entsprechendes Referat gefordert sein. Hierauf erstattete der Obmann des Agitationskomitees Bericht, wonach die Versammlung dem Komitee Decharge erteilte und zur Neuwahl desselben schritt. Gewählt wurden die Kollegen Gahmann, Mercie, Taunro und Neumann. Zum Delegirten für den Gewerkschaftskongreß bestimmte man den Kollegen Gahmann. Hierzu wurde gewinkt, daß sich die Kollegen aller großen Städte auf jenem Kongreß vertreten lassen möchten, besonders erwartete man dies von Hamburg. Die nächste Fachvereins-Versammlung findet am 7. Februar statt. Das Nähere wird durch Flugblatt bekannt gemacht. Ein gefälliges Beisammensein nebst Tanz bildet den Schluß der Zusammenkunft.

Die freie Vereinigung der Zeitungsbedienten und Veräufers nahm in ihrer Generalversammlung den vierteljährlichen und den jährlichen Kassenbericht entgegen. Nach letzterem hatte der Verein eine Einnahme von 420,16 M. und eine Ausgabe von 267,44 M., so daß ein Vereinsvermögen von 152,72 M. verbleibt. Der Kassier wurde entlastet. Aus der Vorstandswahl gingen hervor als Vorsitzende Schäfer und Florede, als Schriftführer Thiele und Metz, als Kassier Schönbstein und Schild. Danach wurde die Errichtung einer Zentralkasse eifrig diskutiert, wobei man zu dem Schluß kam, daß diese Idee gar keine so ungeheuerliche sei, sofern die Mitglieder für den Anfang die Kosten von 6—7 M. monatlich nicht scheuen möchten, die der Anwesen einer solchen Zentrale reichlich decken würde. Man beschloß endlich, im Wege des Annonciren ein geeignetes Lokal zu suchen und eventuell in einer außerordentlichen Versammlung die Verathung dieses Punktes fortzusetzen. Zur Aufnahme meldete sich Herr Stolzenburg.

Die Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Steinbrücker und Lithographen saßen am 18. Januar in öffentlicher Versammlung nach einem Vortrage des Herrn Dr. Rubinsteiner über die „freie Wergewahl“ eine Resolution, in welcher sie sich im Anschluß an das Referat verpflichteten, mit allen gesetzlichen Mitteln die freie Wergewahl anzustreben. Zur Vertheilung der Angelegenheit wurde eine aus den Herren Kreuz, Zint, Hoffmann, Gräger und Quarder bestehende Kommission gewählt. Dieselbe hat das Resultat ihrer Arbeit der demnächst stattfindenden Delegirtenversammlung vorzulegen.

Theater.

Mittwoch, den 27. Januar.
Opernhaus. Fest-Vorstellung.
Schauspielhaus. Ein treuer Diener seines Herrn.
Festung-Theater. Die Großstadtluft.
Deutsches Theater. Faust.
Berliner Theater. Minna von Barnhelm.
Präsident-Theater. Madame Monodin. Vorher: Modestus Violet.
Wallner-Theater. König Krause.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das Sonntagkind.
Thomas-Theater. Cacao.
Park-Theater. 3 Müller.
Abend-Theater. Um Altar.
Adolph Ernst-Theater. Der Langtanzel.
Alexanderplatz-Theater. Berliner Pfister.
Fernpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebäude-Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Bonhordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Eiskeller. Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil'sche Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77-79.
 Heute sowie täglich:
Auftritte der Hamburger Gaudebrüder
 Konzert- und Korpelänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 8 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittagstisch à la Duval. 3 Kegelbahnen & Billards, 2 Cais.

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion J. Böhm.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Dienstags- und Freitags: Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Musik von Bahndorfer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Castan's Panopticum
 Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
Neu: Die fliegende Geigen-Fee.
 Lebend, ohne Extra-Entree. Neueste musikalische Illusion. Vorstellungen: 12 Uhr u. 1 Uhr. — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.
 Kolossal-Gruppe: Bauern-Aufstand! Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum.
 Lebensgroße Wachfiguren und Gruppen, Dioramen, Sandstuhd-Panorama mit Gewitter.
 Im Theater-Saal (ohne Extra-Entree): Täglich v. 8 Uhr ab Vorstellung von Spezial. I. Rang.
 Entree 50 Pf.

La belle Irene, die tätowierte Amerikanerin in **Präuser's anatomischem Museum**
 nur noch kurze Zeit Kommandantenstr.
 Täglich für erwachsene Herren.
Dienstag und Freitag für Damen.
 Café Salon, Gr. Frankfurterstr. 85
 Sonnabend, den 5. März, ist freigegeben und noch zum Maskenballe zu vergeben. 1119 b
 Gr. Vereinszimmer mit Piano zu vergeben. Freygang, Schützenstr. 18.
 Vereinszimmer Frankfurterstr. 18.
 Gesunden billigen Mittagstisch. Gut zubereitete Gemüse, Mehl-, Milch- und Eier Speisen bietet das **Vegetarische Speisehaus** von J. Schramm, Chausseestraße 13, 1 Tr.

Masken-Garderobe von Otto Runge,
 Gr. Frankfurterstr. 57 (Begr. 1862.)
 empfiehlt zur Saison eine Auswahl von 2000 Kostümen zu den billigsten Preisen. Vereine 15 Pf. Ermäßigung. Große Auswahl von Aufzügen. 862b

Damen-Masken-Garderobe
 von M. Rausel, Schlichterstr. 43, pt. 1860 L

HOHENZOLLERN-GALERIE
 an der Moltke-Brücke neben dem Lehrter Bahnhof.
Größtes Historisches Rundgemälde.
 Brandenburg-Preussen von der Zeit des Grossen Kurfürsten bis zur Gegenwart. 1892L
 Besichtigung 9 Uhr Vorm. bis 11 Uhr Abends. Die Direktion.
 Eintritt 1 Mk. Montags 2 Mk.

Circus Renz.
 Karlstraße.
 Mittwoch, den 27. Januar 1892,
 Abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Fest-Vorstellung.
„Auf Helgoland“
 oder: Ebbe und Fluth.
 Große hydrologische Ausstattung. Pantomime in 2 Abtheilungen mit National-Tänzen (60 Damen), Aufzügen, Neue Einlage: **Die Garde-Busaren.** Fernere Einlage: **Die Alanen** u. Dampfschiff- und Bootfahrten, Wasserfälle, Friesfontänen mit allerlei Lichteffekten. Neu! **Die Grotten-Beleuchtung** u. arrangirt und inszenirt vom Direktor E. Renz. Außerdem: **Groat Steple chasso** von 6 englischen Vollblut-Springerfäden, dressirt und vorgeführt von Herrn Franz Renz. Eine Schulquadrille, geritten von acht Herren. Galgenstrick, geritten von der Schutzeiterin Fr. Ottilie Hager, Walküren-Mandevr, ger. v. 16 Damen. Sisters Lawrence am Sieg. Trapez. Mr. William mit seinen 4 dressirten Pferden. Auftreten der Reitkünstlerinnen Frs. Theresina und Natalia, sowie der Reitkünstler Herren Adolf Delbosq und Alex. Briatore etc. Romische Entrees und Intermezzo's von sämmtl. Klown's etc.
 Täglich: Auf Helgoland.
 Sonntag 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei). Auf vielseitiges Verlangen: **„Die lustigen Feibelberger.“** Abends 7 1/2 Uhr: **„Auf Helgoland.“**
 E. Renz, Direktor.

Circus G. Schumann.
 Friedrich-Bari-Isfer, Ecke Karlstr.
 Der Zirkus ist gut geheist.
 Mittwoch, den 27. Januar 1892,
 Abends 7 1/2 Uhr: **Grosse Gala-Fest-Vorstellung.**
 Vorzüglich ausgewähltes Programm.
 Zum 1. Male: **Berliner Leben.**
Grosse Wasser- und Feuer-Pantomime in 2 Abtheilungen mit 9 Bildern und Apotheose. **Die Guldigung des deutschen Heres** und **der Marine**, ausgeführt vom gesammten Personal unter Mitwirkung aktiven Militärs. Große neue Ballet-Einlagen und militärische Evolutionen in Uniform der Krongardisten, Potsdamer Gardisten, Zieten-Busaren, Garde-Infanterie und der kaiserlichen Marine, sowie österreichischer und italienischer Kavallerie. Vollständig neue Ausstattung von Kostümen, Requisiten und Dekorationen.
 Morgen: Große Vorstellung. Berliner Leben.
Wo speisen Sie?
 In der alt-pommerschen Küche, Dramenstr. 181, Hof pt. bei Klein! Frühst. 30 Pf., Mittagstisch mit Bier 50 Pf., Abendstisch von 30 bis 50 Pf. nach Auswahl. 1892
 Gelegenheitsdichtungen verfertigt **Hugo Beer,** (19282) SW. Feinerstr. 3, part. 9-12. 3-5.

Grosse Volks-Versammlung
 am Donnerstag, den 28. Januar 1892,
 Abends 8 Uhr.
 im großen Saale der „Berliner Bockbrauerei“.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Th. Wegner über Anarchismus und Sozialismus.
 2. Diskussion.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Der Vertrauensmann.

Freie Vereinigung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Papierindustrie.
 Gentr, Mittwoch, den 27. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Scheffer's Lokal, Inselstraße 10:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäfts- und Kasienbericht. 2. Wahl des Gesamtoorkandes.
 3. Event. Statutenänderung. 4. Verschiedenes.
 Erscheinen zu dieser Versammlung wird zur Pflicht eines jeden Mitgliedes gemacht. — Da die Zeitung „Gleichheit“ Montags erscheint, so gelangt Nr. 2 derselben in der Versammlung zur Ausgabe, worauf wir die weiblichen Mitglieder insbesondere aufmerksam machen.
 Herr Altkameraleiter Richard Tappert wird ersucht, mit Bistets in dieser Versammlung abzurechnen. [254/14] Der Vorstand.

Verein der Metallschleifer Berlins.
 Sonnabend, den 13. Februar 1892:
Großer Wiener Maskenball
 in den Bürgerkassen (Starneder), Dresdenstr. 98.
 Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen.
 Billets à 50 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Lokalen, bei den Vorstandsmitgliedern und H. Wolf, Am Ostbahnhof Nr. 12, v. 3 Tr., zu haben. 1150b

Quittung
 über erhaltene Unterstüfung für die streikenden Handschuhmacher.

Von Hrn. Wiseler, Berlin, durch Herrn Meiwald, Liste 153	2,80	Liste 972	1,50
Von den Steinschneidern d. Herrn C. Müller	80,—	Firmen- u. Schilderbranche durch Herbst	20,—
Von Fr. D. Bader, Liste 88	20,20	Liste 160	8,10
Von den Bildhauern bei J. O. Mehing durch Herrn Wolf	3,80	Streik- u. Kontroll-Kommission, Berlin	75,—
Von Herrn H. Kinge, Berlin	2,80	Metall-Industrie durch Pögel	100,—
Jhu'scher Gesangverein durch Herrn Müller	5,80	In der Druckerei Rauver und Dimnick auf Liste 162	5,75
Von Hrn. A. Raumann, Frankfurt a. O., Liste 448	16,25	Bildhauer-Ges. Verein durch Rüttling	50,—
Wahrer Jakob, Himmelsburg	25,—	Von C. (Müller) Berlin	10,—
Durch Herrn Kortum, Berlin	40,—	Verband der Bäcker in Berlin, durch G. Pfeiffer, Listen 987 bis 971	18,85
Holzträger Berlins und Umgeb. durch Herrn Schönwald	25,—	Paarburger Bäcker d. G. Pfeiffer	11,—
H. Winer, Dorf, dieses Vereins	3,—	Vom geselligen Verein „Freiheit“ durch G. Joseph	8,80
Ciseleur Gögels, Berlin	1,—	Musikinstrumentenarbeiter durch Wustrow	40,—
Statklub Tourno durch Herrn Stabernack	7,—	Freiwillige Sammlung durch Bous	18,70
H. Röste u. Comp. durch Hrn. Söwering	8,10	Freiwillige Sammlung d. Wand-Gesangverein „Morgenroth“	14,20
Gesangverein Harmonie durch Solenjäger	5,35	Röpenid, durch Mulack	10,—
Kunze, Liste 906	2,30	Gesangverein „Nord“, Berlin	10,—
Statklub durch Böller	3,—		

Für vorstehende uns überfandte Beträge quittirt dankend
 Friedrichshagen, den 24. Januar 1892.
Die Lohnkommission.
 J. A.: L. Saatz, Scharnweberstraße.

Meerschamm-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.
 Spezialität: Porträts bewährter sozialistischer Führer (Kassale, Marx u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlüsselsteinen, Manschettenknöpfen, Stöcken und Brochen. Güsten. En gros. En détail.
 H. Günzel, Brunnenstr. 157, am Rosenthaler Thor.

Berlag des „Vorwärts“
 Berliner Volksblatt
 Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Wir empfehlen den Parteigenossen zur Anschaffung die
Berliner Arbeiter-Bibliothek.
 Herausgegeben von
Max Schippel.

- I. Serie:**
1. Fest: Ein sozialistischer Roman. (Ein Rückblick 2000 bis 1887.) Nach dem Amerikanischen des Edward Bellamy. 82 Seiten. Preis 15 Pf.
 2. Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Rede von Max Schippel. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 3. Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. Von Clara Zetkin. 40 Seiten. Preis 20 Pf.
 4. Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. Von Ossip Zetkin (Paris) 48 Seiten. Preis 20 Pf.
 5. Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung. Von Ossip Zetkin (Paris) 48 Seiten. Preis 20 Pf.
 6. Die Hausindustrie in Deutschland. Von Paul Kampffmeyer. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 7. Junker und Bauer. Zur Entwicklung unserer Agrarverhältnisse. Von Paul Kampffmeyer. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 8. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie. Von Max Schippel. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 9. Die Marx'sche Werththeorie. Zur Einführung in das Studium von Marx. Von Paul Fischer. 52 Seiten. Preis 20 Pf.
 10. Die Sozialdemokratie und der deutsche Reichstag. Materialien zum Gebrauch für sozialdemokratische Wähler. 36 Seiten. Preis 15 Pf.
 11. Die soziale Frage auf dem Lande. I. Die Lage der ländlichen Lohnarbeiter in Preußen. Von Paul Kampffmeyer. II. Der Ruin des ländlichen Kleinbetriebs durch die landwirtschaftliche Großproduktion. Von „ „ 40 Seiten. Preis 20 Pf.
 12. Die Arbeiterschuh-Gesetzgebung und ihre Regelung. Von Paul Ernst. 36 Seiten. Preis 15 Pf.
- II. Serie:**
1. Fest: Der Mythos von der Begründung des Deutschen Reiches. Eine historische Skizze. Von Hans Müller. 40 Seiten. Preis 15 Pf.
 2. Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland. Von Gerhard Krause. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 3. Soziale Frage und Bodenverstaatlichung. Von Conrad Schmidt. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 4. Die deutschen Arbeiter und das Gewerbergerichts-Gesetz. Von Max Schippel. 36 Seiten. Preis 15 Pf.
 - 5/6. Zur Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus in Deutschland. Mit besonderer Berücksichtigung Mittel- und Norddeutschlands. Von Paul Kampffmeyer. 84 Seiten. Preis 25 Pf.
 7. Preussische Volksschul-Zustände. Ein Wort an das Volk und seine Lehrer. Von Hans Müller. 48 Seiten. Preis 20 Pf.
 8. Fort mit dem Dreiklassen-Wahlssystem in Preußen. Von Max Schippel. 2. Auflage. 35 Seiten. Preis 20 Pf.
 9. Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für die Schulen des Volkes. Von Hans Müller. 32 Seiten. Preis 15 Pf.
 10. Das Ostende von London. Ein soziales Nachtbild. Von Paul Fischer. Erste Abtheilung. 30 Seiten. Preis 15 Pf.
 11. —. —. —. Zweite Abtheilung. 27 Seiten. Preis 15 Pf.
 12. Die Entwicklung der Geschichtsauffassung bis auf Karl Marx. Von Gerhard Krause. 46 Seiten. Preis 20 Pf.
 13. Die Arbeiterbewegung im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung. Von Gerhard Krause. 38 Seiten. Preis 20 Pf.
 14. Die deutschen Buchdrucker in ihren Kämpfen gegen das Kapital. Von Walther May. 40 Seiten. Preis 20 Pf.
- III. Serie:**
1. Fest: Ist der Sozialismus mit der menschlichen Natur vereinbar? Von Paul Kampffmeyer. 28 Seiten. Preis 10 Pf.
 2. Technisch-wirtschaftliche Revolutionen der Gegenwart. Von Max Schippel. 31 Seiten. Preis 15 Pf.
 3. Die deutsche Zuckerindustrie und ihre Subventionen. Ein Beitrag zur Landagitation. Von Max Schippel. 30 Seiten. Preis 15 Pf.
- I. Serie komplett** (12 Feste) Preis Mark 1,—.
II. Serie komplett (14 Feste) Preis Mark 1,65.
- Die seit nunmehr 3 Jahren bestehende „Berliner Arbeiter-Bibliothek“, die sich unter der Herausgabe des Genossen Max Schippel so vorthelhaft in der Partei eingeführt hat, ist mit allen Vorräthen und Rechten in unseren Verlag übergegangen und ersuchen wir die Genossen, nach wie vor energisch für die Verbreitung derselben thätig sein zu wollen.
 Alle Aufträge und Zahlungen sind also nicht mehr an die Expedition der „Volks-Zeitung“ resp. Verlag der „Arbeiter-Bibliothek“, sondern nur noch an uns zu richten.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Bestellungen nach auswärts gegen vorherige Einsendung des Betrages. — Porto extra. —

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

157. Sitzung vom 26. Januar 1892. 1 Uhr.

Am Bundesrathliche: Graf Caprivi, v. Bötticher, v. Malgahn, v. Marschall.

Eingegangen sind der Weltpost-Vertrag und die damit zusammenhängenden internationalen Abkommen betr. den Paketverkehr, den Postanweisungs- und Postantrags-Verkehr etc.

Ueber die Kommissionsberatung betr. das Abkommen mit Oesterreich-Ungarn über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz erhaltet Abg. Schmidt (Ebersfeld) mündlichen Bericht. Die Kommission ist zu dem Vorschlag gelangt, die unveränderte Genehmigung zu ertheilen.

Nach kurzer Debatte wird das Abkommen in seinen einzelnen Theilen unverändert genehmigt.

Unter allgemeiner Zustimmung gratulirt der Präsident hierauf dem Alterspräsidenten Herrn von Tettau zu seinem heutigen 82. Geburtstag. Auch der Reichskanzler beglückwünscht den genannten Abgeordneten.

Das am 18. Januar cr. in Rom abgeschlossene Uebereinkommen mit Italien über gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz wird ohne Debatte in zweiter Lesung unverändert angenommen.

Darauf tritt das Haus in die dritte Beratung des Schweizerischen Handelsvertrages.

In der Generaldiskussion kommt

Abg. v. Stumm (Reichsp.) auf den Vorwurf zurück, der gegen den Abg. Menzer wegen seiner Mittheilungen aus den vertraulichen Besprechungen der freien Kommission erhoben worden ist. Gewisse dort angeführte Zahlen hätten allerdings diskret behandelt werden müssen. An sich könne der Vertrag als ein günstiger nicht angesehen werden, da er die Handelsbilanz zu Ungunsten Deutschlands verändere. Den zahlenmäßigen Darlegungen Brömel's habe er nicht folgen können; jedenfalls beweise sie nicht, was sie beweisen sollten, nämlich daß die elssässische Baumwollen-Industrie überhaupt nicht fähig sei, die feineren Garne zu produzieren. Schlimmer noch als diese Heurückung Brömel's sei sein Appell an die Sozialdemokraten; der Effekt beider Aussprüche werde sein, die Fabrikanten ins französische, die Arbeiter ins sozialdemokratische Lager zu treiben. Dennoch wird Redner im Interesse der Veruhigung der Handelswelt für den Vertrag stimmen.

Staatssekretär v. Marschall: Der Abg. Menzer hat eine Mittheilung des Bundeskommissars in der freien Kommission aus dem Zusammenhang herausgerissen. Die Vergleichung zweier Zolltarife ist eine präkläre Sache und jede Einzelvergleiche hat nur relativen Werth. Darum war es doppelt bedenklich, eine einzelne Bemerkung für sich zum Gegenstande einer derartigen Kritik zu machen.

Abg. Müller (natl.): Aus ähnlichen Gründen, wie sie Abg. v. Stumm in der zweiten Lesung entwickelt hat, stimme auch ich für den Vertrag, so ungenügend er uns ist. Unzweifelhaft ist unser Interesse nach der Schweiz das größere, da Deutschland mit 28 pCt. seines Gesamthandels an der Schweiz interessiert sei; ein Zollkrieg würde also für die deutsche Exportindustrie sehr schwere Nachteile haben. Wir wollen hoffen, daß der Wiedereintritt in das System der Handelsverträge dem weiteren Anwachsen der Schutzollmauern in ganz Europa endlich Einhalt thun wird.

Staatssekretär v. Marschall weist nochmals die Auffassung zurück, als ob in dem Vertrage eine Erhöhung der schweizerischen Zölle gegen Deutschland statfinde. Die Grundlage der Verhandlungen habe der neue Generaltarif der Schweiz notwendig bilden müssen, nachdem die Volkstimmung zu Gunsten desselben ausgefallen war.

Abg. Brömel (Dfr.): Die Freisinnigen sehen in dem Vertrage durchaus keine bittere Pille. Es steht fest, daß der größte Theil der im Elsaß fabricirten einträglichen Feingarne in der elssässischen Weberei verwendet wird. Die Herabsetzung des Zolles repräsentirt nur eine Verminderung des Zollschatzes um 300.000 M. oder etwa 1 pCt. des Werthes. Die Schätzung auf 4 pCt. des Werthes ist ganz willkürlich. Es handelt sich thatsächlich nur um eine Lumperei, und die Eingabe der elssässischen Industriellen erscheint in diesem Lichte geradezu abstoßend, nur daraus berechnet, daß Urtheil des Reichstags zu überdöpseln. Wenn eine Risikose von Fabrikanten sich zu solchen Mitteln zu greifen veranlaßt sieht, so muß dies im Hause beim rechten Namen genannt werden; um so schlimmer, wenn diese Fabrikanten aus Karger über die Störung ihrer eigensichtigen Politik sich ins französische Lager treiben lassen! Die Kampfesweise des Abg. von Stumm gegen mich ist charakteristisch für den König Stumm, der durch die Handhabung seiner wirtschaftlichen Macht gegen die wirtschaftlich Schwächeren die Sozialdemokratie geradezu gestärkt und im Reichstage stets als Eisenindustrieller für möglichst hohe Eisenzölle gewirkt hat. Der Reichstag wird hoffentlich nicht dulden, daß eine solche Kampfesweise sich einbürgert. (Weißl. Lms.)

Abg. v. Volkmar (Soz.): Wir sind für den Handelsvertrag mit der Schweiz, wenn auch manche Zollpositionen uns bedenklich erscheinen. Nachdem wir aber mit Schutzzöllen anfangen, sind wir die Letzten, die Anderen aus dem gleichen Vorgehen einen Vorwurf machen dürfen. Uebrigens haben wir nach den gründlichen Ausführungen in der Presse viel bessere Beweise für die nachtheiligen Einwirkungen des schweizer Vertrages auf die Industrie hier erwarten müssen, als hier erbracht wurden. Bei keiner Industrie ist aber so viel Geschehniß um so wenig Wollge gemacht worden, wie bei der Textilindustrie; ob die Petrarische oder die Brömel'sche Berechnung des dieser Industrie voranschreitend erwachsenden Schadens richtig ist, ist ganz gleichgültig, der Schaden ist verschwindend klein, gegenüber der Bedeutung dieser Industrie, zudem beträgt der Schweizer Zoll in Zukunft nur 7 Frank, der unsere immer noch 24 M. Selbstverständlich handelt es sich nach Angabe der Kapitalisten niemals um das Interesse der Arbeitgeber, sondern um das der Arbeiter, deren Löhne in Gefahr seien; sie fangen diese Sorge zu zeigen aber beim verkehrten Ende an. Sie könnten zu diesem Zweck besser die rückichtslose Nacht, Kinder- und Frauenarbeit einschränken und die unter Mitwirkung Stumm's geschaffenen Getreidezölle beseitigen; in der That handelt es sich bei den Herren um die Furcht — nicht etwa positive Verluste zu erleiden, sondern einen erhofften Gewinn sich entgehen zu sehen, und die dabei am meisten schreien, rufen uns Sozialdemokraten, die wir für die bessere Gestaltung der Arbeiterverhältnisse eintreten, zu, wie sollten nicht so materiell denken, die wahre Befriedigung komme nicht vom Mammon, sondern aus einem zufriedenen Herzen. Man legt auch über die großen Kosten, die der deutschen Industrie im Vergleich zur Schweizer aus den sozialpolitischen Gesetzen erwachsen; solche Gesetze hat die Schweiz freilich nicht, wohl aber den Normalarbeitstag und ein strenges Fabrikgesetz, das ihrer Industrie viel größere Opfer auferlegt. Herr v. Stumm meint, der Schaden, der der elssässischen Textilindustrie aus dem Vertrage erwächst, würde die Fabrikanten ins französische, die Arbeiter ins sozialdemokratische Lager treiben; ich nagle fest, daß dieser Herr meint, wenn diese Millionen einen kleinen wirtschaftlichen Schaden haben, gingen sie zu den Franzosen über! Außerdem sind aber die Fabrikanten in Mülhausen schon heut Protestler, die Arbeiter Sozialdemokraten. Uebrigens wird Abg. Brömel, dessen heutige Aus-

führungen ich im Uebrigen unterschreibe, damit auch keinen Ball gegen die Sozialdemokratie errichten — wir Sozialdemokraten ziehen eben Nutzen von der Schutzollnerie, wie vom Freihandel. Die Klagen der Textilindustrie sind übrigens an die falsche Adresse gerichtet, eigentlich müssen sie sich gegen die Rohmaterialpreise richten. Herr v. Stumm meinte neulich, zu solchen Verhandlungen müßten von der Regierung Vertreter hinzugezogen werden, die den beteiligten Industrien genehm seien; zunächst meine ich, haben die Herren v. Stumm und Genossen ohnehin genügend Gehör bei der Regierung und so lange die Arbeiter keinen Einfluß auf solche Verhandlungen haben, ist es mir schon lieber, wir haben Beamte, die nicht ganz abhängig sind von den Herren von Stumm, Baare und Genossen. Ich habe die Empfindung, als ob die Beschwerden des Herrn von Stumm über unsere Unterhändler aus dem Groll eines Königs herrühren, der weiß, daß trotz der Erfüllung aller seiner sonstigen Wünsche seine Macht nicht ausreicht, einen Mann, der ihm nicht behagt, von seiner Stelle zu schaffen — was mir allerdings den Mann um so sympathischer macht. Herr v. Stumm meinte gestern, das Schutzollsystem habe bei uns die hohen Löhne und in Deutschland einen ungeahnten Wohlstand veranlaßt. In der That sind die Löhne in Deutschland durchaus nicht hoch, zumal mit Rücksicht auf die Theuerung, die Herr von Stumm durch die Getreidezölle mit veranlaßt hat; in Deutschland ist kein ungemessener Wohlstand, sondern ein ungemessenes Elend. Bei den Herren von Stumm und Baare ist Wohlstand, aber nicht bei den Arbeitern. Die Regierung selbst sah sich genöthigt, von dem Schutzoll etwas abzubrideln; sie sagte zwar, es solle mit diesem Abbrücken nicht fortgefahren werden, und ich glaube, daß sie den Willen dazu hat, aber dabei nicht kein Wille, sondern die Verhältnisse sind ausschlaggebend, und nach weniger Zeit als zwölf Jahren werden Sie in dieser Beziehung große Wunder erleben. Das wird wesentlich die Folge davon sein, daß Agrarier und Industrielle ihr so schädliches Bündniß aufgegeben haben, und die Einen die den Anderen nützlichen Zölle zu beseitigen sich bemühen werden. Darum meine ich, daß die Ansicht Stumm's und Banniggen's, wir würden jetzt zu einer dauernden Stabilität kommen, unrichtig ist. Dem Abg. von Banniggen scheint diese Ruhe und Stetigkeit das letzte Mittel zu sein, um dem liberalen Bürgerthum in Deutschland mehr Einfluß zu geben. Ich bin überzeugt, daß das liberale Bürgerthum den dazu nötigen Zeitpunkt veräumt, und jetzt hat der vierte Stand, die Sozialdemokratie, viel zu viel Macht gewonnen, als daß das liberale Bürgerthum noch wesentlichen Einfluß gewinnen könnte. Der Abg. Petri meinte fernerlich, der schweizerische Vertrag habe, im Gegensatz zu dem österreichischen und italienischen, keine politische, sondern nur kommerzielle Bedeutung. Ich kann das nicht zugeben. Deutschland hat mit der Einführung des Schutzolles, wenn nicht den Anfang gemacht, so doch den Aufschlag gegeben. Die Schutzollpolitik hat auch auf die politischen Verhältnisse ungünstig eingewirkt. Es ist nunmehr Deutschlands Ehrenschrift, bei der Rückkehr von dem Schutzollsystem die Führung zu übernehmen; müssen wir dabei Opfer bringen, so ist es die Strafe für frühere Sünden. Uebrigens sind die Nachteile, die uns daraus erwachsen, kleiner, als die Vortheile, und abgesehen von allem Kleintrom, liegt ein Vortheil namentlich darin, daß in dem Maß der Ausdehnung unserer Verträge die anderen Staaten sich uns freundlich erweisen werden. Das ist das beste Mittel, die Schutzollnerie in Frankreich und Spanien zu isoliren, und das muß unsere Aufgabe für die nächste Zeit sein. In diesem Sinne wird meine Partei für den Vertrag stimmen, und ich füge nur den Wunsch hinzu, daß dieser Vertrag nicht, wie Graf Kanitz neulich meinte, der letzte seiner Art sein möge, sondern ich wünsche vielmehr, daß diese Verträge weiter ausgebaut, und mit anderen Staaten auch solche abgeschlossen werden mögen, zu ihrem und unserem Nutzen, so daß sie zu freundschaftlichen Verhältnissen mit immer mehr Staaten führen.

Abg. Menzer (Df.) weist die Unterstellung zurück, als ob er eine agitatorische Absicht bei seinen geistigen Ausführungen verfolgt habe. Auch bezüglich der angeblichen Indiskretion glaube er den Angriff des Staatssekretärs nicht verdient zu haben. Für den Vertrag vermöge er auch jetzt nicht zu stimmen.

Abg. Fickel (Soz.): Mit der Löhnung ihrer Arbeiter haben es die elssässischen Fabrikanten nicht so genau genommen, wie mit diesem Vertrag, denn sie haben, um nicht selbst den Nachtheil der ungünstigen Lage ihrer Industrie zu tragen, die Löhne herabgesetzt. Bei Herrn Schlumberger in Mülhausen verdiente eine Weberin früher in vierzehn Tagen 90 M., jetzt nur 16 M. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), und dazu kommen noch Geldstrafen. Die Elssässer übertreiben hier die Schädigung der Industrie durch den Vertrag gerade so, wie der Abg. Simonis, mein elssässischer Landmann, es beim italienischen Weingoll that. Der landwirtschaftliche Verein im Wahlkreise des Herrn Abg. Simonis hat aber eine Untersuchungskommission eingesetzt, die zu dem Resultat kam, daß eine Schädigung der elssässischen Weinbauer durch den italienischen Weingoll nicht zu erwarten sei. Sehen Sie, so machen es die elssässischen Abgeordneten.

Abg. Winterer (Elssässer) bleibt dabei, daß er, der nur seiner Pflicht und Ueberzeugung folge, die Lage der elssässischen Industrie als durch den Vertrag gefährdet ansehen müsse. Es gebe schon jetzt sehr viel Arbeitslose im Elsaß, ihre Zahl werde sich rapid vermehren, wenn man die Textilindustrie durch die Herabsetzung des Feingarnzolls ruinire.

Abg. Graf Kanitz (Df.) polemisiert gegen die Reueherungen des Staatssekretärs.

Abg. v. Stumm erklärt, die Bemerkungen über „Wollig“ Stumm und die Fächtung von Sozialdemokraten seien bloße Nebenwendungen ohne Inhalt.

Nachdem noch die Abg. Barth (Dfr.) und Fickel der letzten Ausführung des Abg. v. Stumm entgegengetreten sind, wird die General-Diskussion geschlossen. In der Spezial-Diskussion werden die einzelnen Theile des Vertrages ohne Debatte genehmigt, desgl. der Vertrag im Ganzen gegen die Stimmen einiger konservativen und Zentrumsmitglieder sowie der Elssässer.

Darauf referirt Abg. Würling über die Verhandlungen der Kommission, welche die Vorlage betr. die Anwendung der vertragsmäßigen Zollsätze auf Getreide vorbereiten hat. Die Kommission hat der Vorlage folgende Fassung gegeben:

Ausländisches Getreide (Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, Mais und Hülsenfrüchte) wird bis zum 30. April 1892 einschließlich ohne Nachweis der Abstammung aus Vertragsstaaten oder meistbegünstigten Ländern zur Entrichtung der für diese Getreide-Arten am 1. Februar 1892 in Kraft tretenden ermäßigten Zollsätze zugelassen. — Die Bestände an ausländischem Getreide, welche nach amtlicher Feststellung am 1. Februar 1892 den Inhabern von Mülhausen auf Zollkonten angeschrieben und in den der Zollbehörde angemeldeten Räumen in Form von Körnern oder Mehl — letzteres unter Zugrundelegung des festgesetzten Ausbeuteverhältnisses berechnet — gelagert sind, soweit dieselben bis zur Abrechnung nicht zur Ausfuhr gelangt sind, ohne Nachweis der Abstammung aus Vertragsstaaten oder meistbegünstigten Ländern bei der Abrechnung zu den am 1. Februar 1892 in Kraft tretenden ermäßigten Zollätzen zu verzollen.

Außerdem ist die Vergünstigung der Vorlage ausgedehnt worden auf das Bau- und Ruhholz aus Nr. 18c 2 und 3 des Zolltarifs.

Abg. Wühl beantragt eine gleiche Vergünstigung auch für die ausländischen Weine.

Die Vorlage hatte die Einfuhr zum ermäßigten Zollsatze nur dem auf den Transitlagern und in den Zollausläufen vorhandenen Getreide zugestanden, die schwimmenden Ladungen aber ausgeschlossen.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Die verbündeten Regierungen haben sich noch nicht schlüssig gemacht über die Erweiterung, welche die Kommission vorge schlagen hat; was die Veränderungen betrifft bezüglich der Mühlenlager, des Holzes und des Weines, so sind sie nicht gerade unannehmbar, aber die Erweiterung, welche darin liegt, daß die Ermäßigung auch den Nichtvertragsländern zuzulassen soll. Die Bestände auf den Transitlagern sind so groß, daß an Schwierigkeiten für die Volksernährung gar nicht zu denken ist. Die verbündeten Regierungen müssen sich gegen diese Änderungen erklären. Der Grund dafür liegt darin, daß wir in Begriff sind mit anderen Staaten zu verhandeln und daß uns dabei ein sehr erhebliches Hinderniß aus der Annahme der hier gemachten Vorschläge erwachsen würde. Dies Hinderniß ist so erheblich, daß es für die verbündeten Regierungen unannehmbar ist, und die ganze Vorlage scheitern lassen würde. Die verbündeten Regierungen sind auf alle Fälle bereit, in Bezug auf den Nachweis des Ursprungs Formalitäten zu gewähren, welche die mögliche Erleichterung bei der Abfertigung bieten. Außerdem hat der Bundesrath heute beschlossen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die in den bisherigen Verträgen festgesetzten Zollbefreiungen und Zollermäßigungen auch solchen Staaten gegen Einräumung angemessener Vortheile bis längstens den 31. Dezember 1892 gewährt, welche einen Anspruch darauf nicht haben.

Abg. Rickert beantragt nach dieser wichtigen Erklärung des Reichskanzlers die Unterbrechung der Beratung, damit man sich über die Tragweite derselben klar werden und dementsprechend zu der Vorlage Stellung nehmen kann.

Das Haus stimmt dem zu.

Schluss 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung heute Abend 8 1/2 Uhr. (Dritte Beratung der beiden Abkommen betreffend den Patent-, Muster- und Markenschutz, Fortsetzung der eben abgebrochenen Beratung.)

158. Sitzung vom 26. Januar, Abends 8 1/2 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: v. Malgahn, v. Marschall, v. Kottendorf.

Eingegangen ist die Vorlage betreffend die Anwendung der für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen gegenüber den meistbegünstigten Staaten. Nach der Vorlage wird der Bundesrath ermächtigt, vom 1. Februar 1892 ab die für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen auch solchen Staaten, welche einen vertragsmäßigen Anspruch hierauf nicht haben, gegen Einräumung angemessener Vortheile ganz oder theilweise bis längstens zum 1. Dezember 1892 zuzugestehen.

Nach definitiver Annahme der Abkommen mit Oesterreich und Italien über den Patent-, Marken- und Musterrecht wird die zweite Beratung der Vorlage, betreffend die Anwendung der vertragsmäßigen Zollsätze auf das am 1. Februar 1892 in Deutschland vorhandene unverzollte ausländische Getreide fortgesetzt.

Es liegt ein Kompromissantrag der beiden konservativen Parteien, der nationalliberalen und freisinnigen Partei vor, welcher vorschlägt, an Stelle der Kommissionsbeschlüsse eine Fassung anzunehmen, welche bezüglich des Getreides die Vorlage wieder herstellt, die Mühlenlager in das Gesetz aufnimmt und die Vergünstigung desselben auf Holz — entsprechend dem Antrage Wühl — auf Weine ausdehnt.

Staatssekretär Freiherr v. Malgahn: Nachdem der Reichskanzler heute Morgen (Heiterkeit) erklärt hat, daß die Annahme der unveränderten Kommissionsbeschlüsse die Annahme der Vorlage im Bundesrath gefährden würde, ist dem Reichstage inzwischen der Gesetzentwurf zugegangen, wonach die Bewilligung der Zollbefreiungen und Zollermäßigungen auch den nicht meistbegünstigten Staaten gegen Einräumung angemessener Vortheile zugestanden werden sollen. Der Reichstag wird hiernach zu entscheiden haben, ob er bei den Weschlüssen der Kommission stehen bleiben oder den Intentionen der verbündeten Regierungen sich anschließen will. Was die Vergünstigung der Mühlenlager betrifft, so bestehen die von den Regierungen in dieser Beziehung geäußerten Bedenken unverändert fort; es ist aber allerdings nicht ausgeschlossen, daß trotz aller dieser Bedenken die verbündeten Regierungen doch den begünstigten Beschlüssen zustimmen werden. Ich kann Sie nur eruchen, die Vorlage wieder herzustellen und die Ausdehnung der Vergünstigung der Einfuhr zu ermäßigten Zollätzen auf die nicht meistbegünstigten Lager fallen zu lassen.

Abg. v. Pfeifen (auf der Rednertribüne fast unvernehmlich) erklärt sich gegen den Kompromissantrag.

Abg. Barth beantragt folgenden Zusatz: bis zum 30. April werden zum ermäßigten Zollsatze in Deutschland auch aus nicht meistbegünstigten Ländern alle jene Getreidemengen zugelassen, welche aus Kaufverträgen herrühren, die nachweislich vor dem 14. Januar d. J. abgeschlossen wurden und betreffen deren Thatfachen vorliegen, aus denen hervorgeht, daß jene Mengen zur Einfuhr ins Zollinland vor dem 14. Januar 1892 bestimmt waren.

Der Antragsteller weist darauf hin, daß noch verschiedene Quantitäten Getreides unterwegs seien, welche die meistbegünstigung nicht genießen, trotzdem sie bereits Eigenthum Deutscher geworden seien. Es würde nur recht und billig sein, auch die schwimmenden Lager, wenn sie auch nach dem 1. Februar über die deutsche Grenze kommen, zu einem Zollsatze von 3,50 M. einzulassen. Dem Einwande des Reichskanzlers, daß eine solche Bestimmung den demnächstigen Vertragsverhandlungen der Reichsregierung mit andern Staaten, namentlich mit Rumänien, hinderlich sein könnte, habe er dadurch Rechnung getragen, daß er die Zollvergünstigung nur demjenigen Getreide konzidire, welches in Wahrheit bereits deutsches Eigenthum geworden sei. Große Quantitäten rumänisches, in deutschen Besitz übergegangenes Getreides lägen eingestoren am Eisernen Thore und könnten nicht bis zum 1. Februar ihren Bestimmungsort erreichen. Was von der Donau, gelte auch von den holländischen Flüssen, und die süddeutschen Getreidehändler würden starke Verluste erleiden, wenn ihnen nicht die von ihm beantragte Vergünstigung zu Theil würde. Er, Redner, würde diesen Antrag nicht gestellt haben, wenn er geglaubt hätte, daß derselbe das Zustandekommen des Gesetzes gefährden könne. Sein Antrag berücksichtige berechtigtes Interesse, ohne den verbündeten Regierungen ein Mittel, um Länder, mit denen wir noch keinen Vertrag abgeschlossen haben, gefügig zu machen, aus der Hand zu nehmen.

Schahsekretär v. Malgahn-Gölg: Der schon in der Kommission gestellte Antrag Barth will die ermäßigten Zollsätze ausländischen Getreide zuwenden, das sich am 1. Februar noch nicht auf deutschem Boden befindet. Er hat dabei wesentlich das Getreide im Auge, das sich auf der Donau bei Durn-Severin befindet. Der Herr Reichskanzler führte heute aus, weshalb ein Heraus-

gehen über die Vorschläge der verbündeten Regierungen zu vermeiden sei, nämlich aus handelspolitischen Gründen. Diese Gründe richten sich gegen alles am 1. Februar noch nicht in deutschem Zollanschluss befindliche Getreide, also auch gegen die vom Antrag Barth gemachte. Sie besinnen sich, daß der Herr Reichskanzler das Wort „unannehmbar“ braucht, daß dies aber auch für den Antrag Barth gilt, ist nicht nur meine Meinung, sondern in meinem Beisein vom Herrn Reichskanzler selbst ausdrücklich bestätigt.

Abg. Buhl (nl.): In der Zwangslage, in der wir uns befinden, muß ich auch gegen den Antrag Barth stimmen, trotzdem ich am liebsten die Kommissionsanträge angenommen gesehen hätte — aber bei der energischen Erklärung des Herrn Reichskanzlers ist es eben nicht möglich. Wenn es auch bedauerlich ist, daß wir so weit zurückgebrängt werden, weil wichtige Interessen dabei in Frage kommen, so ist doch der Rest, den wir für die Zollbegünstigung retten, wenn das Gesetz zu Stande kommt, bedeutender als das, was wir aufgeben. Unter den Kompromissanträgen bitte ich Sie, den Wein doch nicht zu vernachlässigen. Jedenfalls müssen wir bei den Kompromissanträgen stehen bleiben.

Abg. von Mantuffel (konf.): Unter den Kompromissanträgen befinden sich auch die Namen des Herrn von Helldorff und der meinige; wir wünschen, nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers eine Verhandlungsbasis zu schaffen und aus den Kommissionsvorschlägen das der Regierung Unannehmliche zu eliminieren; damit haben wir uns aber nicht für alle Einzelheiten dieser Anträge engagiert. Der Antrag Barth ist für uns unannehmbar; er stellt sich dar als eine Art Wiederholung der clausula Windthorst, die uns bei aller Verehrung für den vereinigten Zentrumsführer, stets unsympathisch war; und hier handelt es sich nun gar nicht einmal wie bei jener clausula, um eine Zollerhöhung, sondern um eine Zollermäßigung.

Abg. Richter (deutsch-reifinnig): Wir müssen uns in die Verhältnisse schicken und so viel retten, als es bei der Stellung der Reichsregierung möglich ist. Ich bedauere, daß die Kommissionsvorschläge und der Antrag Barth unannehmbar sind. Aus den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers von heute Nachmittag geht hervor, daß die Vereinigung der Mühlen keinem Widerspruch seitens des Bundesrats begegnen würde. Der Antrag Barth geht aber zu weit. Wir müssen die Hauptsache im Auge behalten, und dürfen die ganze Vorlage nicht wegen der 200.000 in schwimmenden Ädern befindlichen Doppelzentner Getreide der Gefahr des Scheiterns aussetzen. Im Uebrigen wird das ganze Gesetz durch die neue vom Reichskanzler uns heute angekündigte und inzwischen eingebrachte Vorlage hoffentlich schon in einigen Monaten überflüssig werden.

Abg. Frigen-Koblenz (3.): Erklärt, daß er zwar mit der Regierungsvorlage, weil der Kreis der Interessenten zu eng gefaßt sei, nicht einverstanden sein könne, daß er aber, die Annahme des Kompromissantrages vorausgesetzt, für die Vorlage stimmen werde, weil dabei die Verhältnisse des Westens berücksichtigt seien.

Nachdem noch der Abg. v. Reiss-Neuow sich gegen den Antrag Barth ausgesprochen, erklärte Abg. v. Schalscha die Annahme des Kompromissvorschlages für unmöglich, weil dadurch lediglich große Spekulantent begünstigt würden und zwar unter dem Motto der Erleichterung der Volksernährung auch die großen Holzspekulanten. (Heiterkeit.)

Darauf wird die Debatte geschlossen und nach Ablehnung des Antrages Barth der Kompromissantrag in allen seinen Theilen gegen eine aus der Mehrheit der Konservativen und etwa der Hälfte des Zentrums bestehende Minderheit angenommen.

Schluß gegen 11 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Dritte Lesung der eben beratenen Vorlage; erste und zweite Beratung der neu eingegangenen Vorlage; zweite Lesung des Telegraphengesetzes.)

Abgeordnetenhand.

6. Sitzung vom 26. Januar. 11 Uhr.

Am Ministerische Graf Zedlitz und Kommissarien.

In der Fortsetzung der ersten Beratung des Volksschul-Gesetzes wird es erhält das Wort

Abg. Danzberg (3.) für die Vorlage. Redner bezeichnet es als ein für das Zentrum erbauliches Schauspiel, daß der Veteran der Kämpfer für verfassungsmäßige Freiheit, der Abg. Reichensperger, gestern die Verfassung habe verteidigen müssen gegenüber den Liberalen, welche sich sonst immer als Schützer derselben aufstellten.

Abg. Richter (dr.): Es handelt sich hier um eine Vorlage von weitgehender Bedeutung, und da will es mir unrichtig erscheinen, daß dieser Gesetzesentwurf auf Wochen und Monate in eine Kommission verschwinden soll, aus welcher nur spärliche Nachrichten in die Öffentlichkeit kommen. Man sollte die grundlegenden Bestimmungen, die ersten 18 Paragraphen über die Bestimmungen über die Privatschulen einer Verathung im Plenum unterziehen. Der Kultusminister stellt sich ganz auf den formalen Standpunkt; er wiederholt immer, daß die Vorlage die Ausführung der Verfassung sei und eine Kodifikation der bestehenden Verwaltungspraxis. Herr Enneccerus hat nicht einmal zugestanden, daß der Entwurf eine solche Kodifikation sei und ich behaupte, in den Bestimmungen, welche uns trennen und welche die Gemüther erregen, befindet sich der Entwurf in schreiendem Widerspruch mit der Verfassung und dem geltenden Recht. Die Verfassung spricht von der Regelung des ganzen Unterrichtswesens. Gehören denn bloß die Volksschulen dazu? Gehören nicht auch die höheren Lehranstalten und Universitäten ebenfalls dazu? Die Vorgänger des Ministers haben die Verfassung so verstanden. Dieser Entwurf regelt nicht einmal das Volksschulwesen vollständig. Im vorigen Jahre hat das Zentrum meine Auffassung getheilt, und wenn das Zentrum es mit der Verfassung ernst meint, dann müßte es eine Änderung des Art. 26 beantragen. Windthorst verwahrte sich dagegen, daß die höheren Schulen von dem Gesetz ausgeschlossen würden; ein solches Gesetz wäre, weil es der Verfassung widerspräche, nicht in seiner Wurzel. (Zustimmung links.) Deshalb muß auch die Zentrumsparthei ihre Ansicht von damals aufricht erhalten. 21 Artikel der Verfassung sind im Laufe der Zeit aus der Initiative der Regierung abgeändert worden, warum soll nicht auch hier eine Änderung möglich sein? Die Treue gegen die Verfassung erfordert es, daß man nicht hinterwärts Gesetze einbringt, welche der Verfassung widersprechen. Solche Programme in der Verfassung hat man längst als falsch erkannt. Die Verfassung enthält auch Bestimmungen über die Gemeindeverfassung, und als man daran ging, dieselbe zu schaffen, löschte man erst die Verfassungsvorschriften. Ueber die Wahlen befinden sich ebenfalls Vorschriften in der Verfassung, aber Niemand wird denken, daß auf Grund derselben ein Wahlgesetz erlassen werden könnte. Ohne Bestimmungen über den Privatunterricht ist das Gesetz nicht denkbar, denn sonst wird aus dem Schulzwang ein Schulmonopol. Diese Unterrichtsfreiheit soll auch gesichert werden im Interesse der öffentlichen Schule selbst. Ueber die Theorie der Schulreform streitet man sich, ohne vorwärts zu kommen, weil man keine praktischen Versuche machen kann mit abweichenden Gestaltungen; solche Versuche sind nur mit Privatschulen zu machen. Die Unterrichtsfreiheit fordert ich auch im Interesse der Eltern und im Interesse der Minorität, welche nicht von der Willkür der Behörden abhängig sein sollen. Der Hinweis auf Belgien paßt nicht, weil in Belgien kein Schulzwang besteht. Auch wenn Schulen entstehen würden, die wir nicht passen, würde ich mich nicht schrecken lassen durch Katholiken oder Sozialisten. Mit solcher Tendenzgesetzgebung haben wir zu schlechte Erfahrungen gemacht, als daß ich mich dazu verleiten lassen sollte. Die Unterrichtsfreiheit wird durch die Vorlage nicht einmal vollständig eingeführt, denn wenn die Regierung auch die Bedürfnisfrage fallen läßt, so bekommt sie durch die Feststellung der Lehrpläne eine viel einschneidendere Besugnis. Wer die

Unterrichtsfreiheit will, muß auch die Freiheit des Religionsunterrichts wollen; die Eltern sollen nicht gezwungen sein, ihre Kinder in einen Religionsunterricht zu schicken, der ihnen nicht gefällt. Für den Minister besteht die Freiheit nur, soweit der Willen der Eltern zusammenfällt mit dem Willen der Geistlichen der betz. Konfession; ich will die Freiheit auch gegen den Willen der Geistlichen. Der Entwurf zwingt die Eltern, welche aus einer Religionsgesellschaft ausgeschieden sind, die Kinder in den Religionsunterricht dieser Gemeinschaft zu senden. Das ist ein Gewissenszwang. Der Kultusminister hat sich auf das Reskript des Herrn v. Bethmann von 1859 berufen. Im Kultusministerium findet man für jede Auslegung der Verfassung ein Reskript. (Große Heiterkeit, Lachen des Ministers Graf Zedlitz.) Der Minister giebt das zu, dann soll er aber auch nicht von einer hundertjährigen kontinuierlichen Praxis sprechen. (Heiterkeit.) Die Kanakisten, welche das Reskript des Herrn von Bethmann abgeschrieben haben, müssen bedenkliche Freiheit genießen, denn die Hauptsache ist weggelassen. Darum beruft sich Graf Zedlitz auf von Bethmann und nicht auf Gopler und Falk, welche das Gegentheil dessen haben gelten lassen, was der Minister jetzt vorschlägt. Das Andrechth verbiethet, Kinder zum Religionsunterricht zu zwingen. Aber davon darf ja der Minister nicht sprechen, denn dann darf er das Wort von der hundertjährigen friedlichen Ueberlieferung nicht mehr in den Mund nehmen. Was muß der Minister, der selbst nicht Jurist ist, für Mätze haben, die die Verfassung nach ihrem Belieben auslegen, welche den Unterschied von staatlich anerkannten und nichtanerkannten Religionsgesellschaften nicht kennen. Nur eine obsoleete Bestimmung des Landrechts wird hervorgehoben, um eine bürgerliche Verpflichtung zum Glauben an einen Gott zu konstruieren. Von Staatswegen wird der Werth eines abweichenden Bekenntnisses geprüft, es wird ein Minimalmaß von Gottesglauben festgestellt. Wenn der Generalinquisitor, als welcher der Regierungspräsident künftig fungirt, nicht erkennen kann, daß der Gottesglauben ausreicht, dann werden die Kinder einem Religionsunterricht zugewiesen, welcher Konfession ist nicht gesagt; das verfügt die Instruktion des Ministers. Biel leicht werden die Kinder ausgelost. (Heiterkeit.) Eine solche Gesetzgebung findet die Billigung der Konservativen bloß deshalb, weil damit eine zwangweise religiöse Erziehung geschaffen wird. Sie rufen dadurch einen Konflikt zwischen Schule und Haus hervor, bei welchem die Schule unterliegen muß. Sie schaffen dadurch Märtner der eigenen Ueberzeugung, welche allgemeine Zustimmung finden werden; dadurch vermehren Sie die Zahl der Dissidenten. Der Minister konnte es nicht abwarten, bis das Haus dieses Gesetz angenommen hat, er hat das seit 20 Jahren bestehende Recht über den Hausen geworfen. Das muß das Ansehen der Verwaltung erschüttern, namentlich weil sie sich dadurch in Widerspruch setzte gegen die Urtheile der Gerichte. Wie stehen Sie da, Herr Minister, wenn das Kammergericht Ihre Verfügung für null und nichtig erklärt, wenn wir hier die Bestimmungen verwerfen. Wenn jemals das Wort Gewissensfreiheit für das Zentrum eine Bedeutung gehabt hat, dann muß es diesem Gewissenszwang widersprechen. Die Ertheilung des Religionsunterrichts durch die Geistlichen ist eigentlich das naturgemäße. Alle Mißstände entziehen daraus, daß ein anderer als der Geistliche den Religionsunterricht erteilt. Herr Enneccerus hat durchaus keine akademische Lehrfreiheit für die Volksschullehrer verlangt. Nicht um das, was der Lehrer lehrt, handelt es sich, sondern um das Wie. Die Lehrer sind jetzt nicht mehr bloße Käster, sondern sie sind wirkliche Pädagogen geworden, hinter denen die Geistlichen vielfach zurückstehen müssen. Wenn trotzdem der Geistliche dem Lehrer pädagogische Weisungen erteilen darf, dann müssen Konflikte entstehen. Bezüglich der Anstellung der Lehrer mag man die Sache drehen wie man will, die kirchlichen Oberen erhalten ein Bestätigungsrecht bezüglich der Lehrer; ein Lehrer, dem die Befähigung zum Religionsunterricht fehlt, wird immer ein Lehrer zweiter Klasse bleiben. Die Motive sind darüber ganz still; es werden einige Ministerialreskripte angeführt, nicht einmal dem Wortlaut nach, vielleicht weil derselbe nicht paßt, denn ich finde in den Reskripten nichts von dem kirchlichen Oberen und seinem Vetorecht bei der Prüfung. Die strenge Betonung des konfessionellen Standpunktes widerspricht der Verfassung, denn dieselbe spricht nicht von der rücksichtslosen Wahrnehmung dieses Standpunktes, sondern nur von der möglichen Berücksichtigung desselben. (Zustimmung links.) Dieser Verfassungsartikel ist nicht von der Regierung vorge schlagen, sondern in der ersten Kammer ist er entstanden auf Antrag des Herrn Brüggemann, den man als einen Vertreter des Zentrums bezeichnen kann; nur widerwillig hat die zweite Kammer diese Bestimmungen angenommen, um die Verfassung zu Stande zu bringen. Früher gab es in der Schule fast immer nur Schüler einer Konfession, jetzt ist die Bevölkerung aber durch einander gewürfelt, infolge der Verkehrsverhältnisse. Wenn im vorigen Jahrhundert der Geistliche in der Schule viel zu sagen hatte, so lag das daran, daß die Lehrer damals ausgebildete Unteroffiziere waren, die der Aufsicht bedurften. Jetzt sind die Lehrer für ihren Beruf vorbereitet. Die Schule soll nicht bloß die Religion lehren, sondern auch für das bürgerliche Leben thätig machen. Arbeiten wir nicht alle zusammen, ohne daß der eine den andern nach der Konfession fragt? (Zustimmung links.) Wenn Sie den konfessionellen Standpunkt so betonen, dann kommen Sie zur konfessionellen Armenpflege, zu konfessionellen höheren Lehranstalten (Zustimmung im Zentrum), ja schließlich zu konfessionellen Truppen. (Heiterkeit.) Ich bin in katholischen Schulen von katholischen Lehrern erzogen, aber ich sage, in den Kinderjahren begreifen die Schüler den Unterschied der Konfessionen überhaupt nicht. Ich will das Simultan-Schulwesen nicht als Prinzip aufgestellt wissen. Je mehr der konfessionelle Standpunkt in den Vordergrund gehoben wird, desto größer ist der Einfluß der Geistlichen, daher ihr Eintreten für Konfessionsschulen. Einem Anhänger der Simultananschulen können sie nicht zumuthen, ein Gesetz zu machen, welches diese Schulen unterdrückt; diese Seite macht aber gerade dem Zentrum die Vorlage so angenehm. Aus der Zusammenstellung der Materialien zum Schulgesetz, welches der Bureaudirector aufgestellt hat, kann sich Jeder informieren über die Verschärfungen des konfessionellen Standpunktes und über die veränderte Stellung der Konservativen. Der Kultusminister hat die Anträge Mintelen angenommen, obgleich dieselben in der vorigen Session von allen Parteien mit Ausnahme des Zentrums verworfen sind. (Hört!) Eigentlich müßte Herr Mintelen neben dem Herrn Kultusminister sitzen. (Heiterkeit.) Wenn der Minister die Anträge des Zentrums annimmt, dann braucht er allerdings mit dem Zentrum über die Vorlage nicht mehr zu verhandeln. Haben die Konservativen die Anträge Mintelen damals verworfen, weil Gopler Minister war, und nehmen sie sie heute an, weil Graf Zedlitz Minister ist? (Heiterkeit.) Es bestand im Mittelalter ein jus reformandi. Wenn der Landesherr seine Religion wechselte, mußten seine Unterthanen ihm folgen. Hat sich bei den Konservativen ein Rest dieses mittelalterlichen Rechtes erhalten? (Heiterkeit.) Der Minister v. Gopler war dagegen, daß beim Vorhandensein von 60 Kindern eine Konfessionsschule errichtet werden mußte; er wollte nur die Fakultät geben. Die Vorlage giebt jetzt der Gemeinde das Recht, neue Lehrstellen zu schaffen und damit einen Staatszuschuß in Anspruch zu nehmen. Wie steht der Finanzminister zu dieser Frage und zu dem Gesetz überhaupt? Der Kultusminister ist sogar Herkules als die Zentrumsparthei (Heiterkeit), und trotzdem sagt der Minister, der Entwurf lehnt sich lediglich an das an, was meine Vorgänger gefagt und gethan haben. (Heiterkeit.) Die wichtigste Änderung ist die Einrichtung der konfessionellen Schulvorstände. Den Herren Geheimräthen ist dabei das Unglück passiert, daß sie bei diesem Punkt die vorjährigen Motive benützt haben, die das Gegentheil von dem, was die Vorlage vorschlägt, als bestehendes Recht darstellen. (Heiterkeit.) Die Tendenz der Bevölkerung ist immer dahin gegangen, die konfessionellen Schulvorstände zu Gunsten der allgemeinen Gemeindeverwaltung zu beseitigen und nur die Behörden haben sich dagegen gestraubt.

(Zustimmung links; Widerspruch im Zentrum.) Die Konservativen haben sich in der vorigen Session geweht gegen die konfessionellen Schulvorstände auf dem platten Lande. Eins möchte ich den Konservativen raten: Wählen Sie andere Männer in die Kommission, damit der Gegensatz nicht so deutlich hervortritt; es ist alles gedruckt und wir könnten die Widersprüche festnageln. Herr Minister, schicken Sie nur nicht die vorjährigen Geheimräthe in die Kommission; es könnten auch ihnen Widersprüche nachgewiesen werden. Die neuen Schulvorstände sind gar nicht mehr dieselben wie früher. Die Schulsozialisten waren konfessionelle Verbände, die auch selbst für ihre Schule aufkommen mußten; jetzt zahlen die Gemeinden, und die konfessionellen Vorstände beraten. Gegen den Vorstoß des Geistlichen im Schulvorstand wendeten sich die Konservativen mit großer Energie (Heiterkeit), besonders die Landräthe und Prä sidenten aus Ostpreußen. Der Minister nimmt aber den Antrag des Zentrums an. Und nun die Hausväter! Ein Wahlrecht wird für die Hausväter eingeführt, ein allgemeines direktes gleiches Wahlrecht wird vorgeschlagen von einem Ministerium, mit welchem wir bei der Landgemeinde-Ordnung gegen das Wahlrecht gekämpft haben. In den Außenbezirken von Berlin, in den Vororten können Sie schöne Hausväter zu sehen bekommen, und welche Diskussionen werden sich da entspinnen zwischen den Hausvätern und den Geistlichen! (Heiterkeit.) Wie denkt denn der Minister des Innern über dieses Gesetz? Was ist denn das für eine Ordnung im Ministerium und im Staat? (Heiterkeit.) Da müßte man ja förmlich Ordnungsparteien bilden. (Heiterkeit.) Das Zentrum wollte nur die Schulstiftungen erhalten, die Vorlage erklärt das Vermögen der Schule ohne weiteres für eine Schulstiftung und entzieht dadurch der Gemeinde in Widerspruch mit der Verfassung die Vermögensverwaltung. Dafür mache ich das Zentrum nicht verantwortlich, das ist eigener Gedanke des Kultusministers. (Heiterkeit.) Bei der einheitlichen Schulverwaltung der Städte waren die Schulangelegenheiten, die Anstellung neuer Lehrer und die Anlage neuer Schulen leicht zu erledigen. Jetzt wird alles umgeflohen und eine dreifache Verwaltung für die Schule eingeführt, wodurch Reibungen, Gegensätze und Verschleppungen entstehen müssen. In Berlin hat eine Konferenz stattgefunden, welche die neue Einrichtung der Verwaltung als schlecht bezeichnet hat. In diesem Urtheil hat der katholische Probst Jahnke eingestimmt. Aber dafür ist auch das Zentrum nicht verantwortlich, daran ist allein der Minister schuld. Die Selbstverwaltung soll zum Ausdruck kommen, ich bin zweifelhaft, ob dieser Entwurf oder der Gopler'sche eine größere Ironie auf die Selbstverwaltung ist. Alles macht der Regierungspräsident und für die Selbstverwaltung bleibt nichts übrig. Angehörte müssen allerdings eine Menge Selbstverwaltungsbehörden werden; Gutachten dürfen sie abgeben; allein das ist nicht weiter als ein gemaltes Gericht für Hungerige. Dem Bezirksausschuß und dem Kreisausschuß sind einige Befugnisse eingeräumt worden; aber der Bezirksausschuß hat ja gar keine Bedeutung mehr. Es wird einfach die Präsektionswirtschaft eingeführt. Ich habe keine Lust, aus der Scylla der Schulbureokratie in die Charybdis der Präsektionswirtschaft zu verfallen. Denn manche Interessen werden bei den Regierungspräsidenten Berücksichtigung finden, aber die Schulinteressen werden dabei schlechter fahren. Ist denn unser Bürgerthum so unfähig, selbständig unser Schulwesen zu leiten? Aber durch fortwährendes Hineinreden seitens der Behörden löst man diese Elemente zurück. An diesem Punkte ist der Entwurf überhaupt nicht zu ändern, denn das Abgeordnetenhaus kann eine solche Organisation nicht neu aufstellen. Ich könnte die Frage aufwerfen, wie steht das Gesamtministerium zu dieser Vorlage? Ich verzichte darauf, denn ich bin der Ansicht, die Steine sind schon im Rollen, es bedarf keines Anstoßes mehr. Ich sage nur: Sehe jeder, wie er's treibe, sehr jeder, wo er bleibe und wer steht, daß er nicht falle. (Heiterkeit.) Es ist davon die Rede gewesen, daß der Entwurf die Bestimmung habe, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Ich stehe dreizehn Jahre im Kampfe mit der Sozialdemokratie und ich sage Ihnen, Sie geben sich einer Täuschung hin, wenn Sie glauben, auf diese Weise die Sozialdemokratie zu vernichten. Wer das glaubt, der kommt mir vor, wie jemand, der mit hölzernem Säbel in den Krieg ziehen will. Die Sozialdemokraten können diesem Gesetz ruhig entgegen sehen. Mit Glaubensartikeln können Sie die Unhaltbarkeit der sozialdemokratischen Lehren nicht nachweisen; die Schule muß den Verstand bringen, um diese Irrthümer zu erkennen. Dazu reicht das nicht aus, was Herr Reichensperger als Aufgabe der Schule hinstellte. Die wirtschaftliche Ordnung vermag sich nicht durch Glaubensartikel aufrecht zu erhalten, sondern nur dadurch, daß sie ihre Notwendigkeit beweist. In dem Maße, wie Sie durch konfessionelle Einrichtung die Schule verschlechtern, machen Sie sie lausamfähig gegenüber der Sozialdemokratie. (Zustimmung links.) Der Reichskanzler Graf Caprivi hat uns gemahnt, die Kleinigkeiten zu vergessen, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Wenn die Regierung den Haber beseitigen will, dann soll sie solche Gesetze nicht einbringen, welche Haber und Streit erregen. (Beifall links.) Wenn die Verwaltungspraxis so schön geregelt ist, wozu bringen Sie denn das Gesetz ein. Keine Zeit ist weniger geeignet solche Fragen aufzuwerfen als die jetzige. (Zustimmung.) Die Bewegung des Kulturkampfes hat sich noch nicht ganz gelegt und schon wieder kommt man mit einem Gesetze, welches die Bewegung schürt, wenn auch auf anderem Gebiete. Der Ministerpräsident hat sich darauf berufen, daß er die Mehrheit gehabt habe für seine Vorlage. Es kommt nicht nur auf die Annahme an, sondern auch auf die Ausführung und Aufrechterhaltung. Wie viele Gesetze, die mit großer Mehrheit angenommen sind, habe ich hier ohne Sang und Klang aufheben sehen. Wenn es gelingt, die Liberalen zu majorisieren, dann beginnt der Kampf, ein neuer Kulturkampf, und wir werden uns die Zähigkeit der Zentrumsparthei zum Muster nehmen und nicht eher ruhen, als bis wir das Gesetz wieder beseitigt haben werden. (Lebhafter Beifall links. Jura rechts: Nur ruhig Blut!) Wer hat denn eigentlich ein solches Gesetz verlangt? Bis zum Sommer 1890 hat Niemand daran gedacht, daß wir ein solches Unterdotationsgesetz erhalten. Unseelig erwartete man nur ein Schuldotations-Gesetz. Je früher der Minister diesen Entwurf wieder einpackt, desto besser für uns und für den Frieden im Lande. Das Scheitern der Vorlage würde mir beweisen, daß es unmöglich ist, durch einen Akt der Gesetzgebung das ganze Unterrichtswesen zu regeln. Wenn ich den Entwurf mit dem früheren vergleiche, so muß ich sagen, daß er geeignet ist, das Volksschulwesen mehr zurückzuführen als zu fördern. (Lebhafter wiederholter Beifall links; Jischen rechts.)

Kultusminister Graf Zedlitz: Der Vorredner hat an mich die Frage gerichtet, wie sich das Gesamtministerium und einzelne Minister zu der Vorlage stellen. Die Vorlage ist vom Gesamtministerium dem König unterbreitet und die Vorlage an dieses Haus trägt die Unterschriften aller Minister. (Hört! rechts.) Das Meinungsverschiedenheiten über einzelne Punkte vorhanden sein können, ist begreiflich. Diese Erörterungen sind aber abgeschlossen mit dem Bericht an die allerhöchste Stelle. Von da ab tritt das Ministerium einheitlich auf. Es sind Angriffe an meine Mitarbeiter gerichtet worden. Ich bitte, unterlassen Sie das, ich habe niemals das Bedürfnis empfunden, mich zu wehren; ich vertritt alles hier persönlich; meine Mätze haben, wenn auch manchmal in Widerspruch mit mir, gethan, was ihre Pflicht ist. (Zustimmung rechts.) Wenn immer von der Verfassung und der Verwaltungspraxis gesprochen wird, so bin ich nicht schuld daran, sondern die Herren von der Linken, welche diese Frage immer wieder aufgeregt haben. Ich soll gegen die Verfassung verstoßen haben, weil ich nur einen Theil des Unterrichtswesens regeln will. Der Grundfah der Regierung ist es immer gewesen, daß das Unterrichtswesen rückwärts geordnet wird; dieser Grundfah ist auch von der Linken gebilligt worden. (Zustimmung rechts.) Daß der Lehrplan der öffentlichen Schule auch der Lehrplan der Privatschule sein soll, steht in dem Gesetz durchaus nicht; bis

Belehrung sollen sich nur innerhalb der gesetzlichen Schranken halten. Mit besonderer Schärfe hat der Vorredner die Frage des Religionsunterrichts für Dissidenten behandelt. Dieser Punkt hat auch mir schwere Gewissensbedenken gemacht. Der Gedanke, einen Konflikt zwischen Schule und Haus zu erzeugen, macht es mir schwer, dieser Bestimmung zuzustimmen. Aber an der Spitze unserer Schule steht der Satz: Der Religionsunterricht ist ein obligatorischer Lehrgegenstand. Sollen wir die Kinder, welche keinen Religionsunterricht empfangen, aufwachsen lassen ohne jedes Wort der Belehrung ethischer und moral-theologischer Natur? Ich weiß mich frei davon, einen Zwang ausüben zu wollen; ich will nur die Wohlthat, die mir widerfahren ist, auch den Kindern zu Theil werden lassen, denen keine Mutter die Hände zum Gebet gefaltet hat. Der besondere Religionsunterricht der Kinder der Dissidenten ist durchaus nicht ausgeschlossen. Wer, wie der Vorredner glaubt, daß die sozialen Irrlehren nur durch verständemäßige Ueberzeugung zu bekämpfen sind, wer nicht bedenkt, wie in den Jugendjahren die Verrohung der Kinder herbeiführt wird, wenn ihnen nicht religiöse Begriffe beigebracht werden, wer in diesem Kampf den Katholizismus und Gottes Wort als hölzerne Säbel betrachtet, mit dem kann überhaupt nicht darüber verhandelt werden. (Echtester Beifall im Zentrum und bei den Konservativen.) Der Vorredner sagte: Der Kultusminister ist nicht nur ein bornirter Mann, der solche Verfügungen erläßt, sondern der auch so dreist ist, sie zu eskamotieren, ehe das Gesetz erlassen ist. Ich habe darauf bemerkt, daß ich diese Verfügung von Behmann abgelehrt habe. Was der Vorredner von Restriktionen von Fall und Geßler zitiert, bezieht sich nur auf den höheren Unterricht, nicht auf die Volksschule. Ich befinde mich in dieser Frage in vollster Uebereinstimmung mit dem Kultusminister. Wenn ich die Anträge des Herrn Hintelen angenommen habe, so muß ich sagen: Ich nehme das Gute, wo ich es finde (Widerspruch links), auch von Ihnen, wenn es meiner Ueberzeugung nicht widerspricht. Es giebt in verschiedenen Landesstellen Schulvorstände, die den Leuten ans Herz gewachsen sind, ich berufe mich dafür auf Herrn von Gynern (Zuruf des Abg. von Gynern: Das sind ganz andere Schulvorstände als im Gesehe stehen!) Machen Sie doch Ihre Änderungsanträge, dann kann man darüber sprechen. Der Vorsitzende des Schulvorstandes ein Geistlicher! Entsetzlich! In Westpreußen ist der Geistliche gesetzlich der Vorsitzende, wenn der Patron nicht da ist. Ich bestelle den Vertreter der staatlichen Schulaufsicht als Vorsitzenden und gebe ihm das Recht, seinen Stellvertreter zu wählen. Soll der Schulaufsicht ausgeschlossen sein, weil er zufällig ein Geistlicher ist? Die Schulverwaltung soll desorganisiert werden. Den Schulbehörden werden sehr viel weitergehende Befugnisse gegeben, als der Stadt-Schuldeputation. Der Schulvorstand soll ein Bleigewicht sein. Jedes Krankenhaus in Berlin hat ein eigenes Kuratorium als Organ, aber der Schule, besonders der Konfessionsschule, soll man ein solches Organ nicht geben. Wenn das Gesetz erst in Wirksamkeit sein wird, dann wird man sich ganz gut mit den Schulvorständen vertragen, selbst wenn der Probst Jahnke das nicht für möglich hält. (Geisterzeit.) Wenn man den Bezirksausschuß darstellt als eine Behörde, zu welcher ein abhängiger Regierungspräsident und zwei ebenso abhängige Beamte, ferner vier zugerechnete Leute gehören, wie kann man da dem Minister eigentlich zumuten, einer solchen Behörde noch mehr Befugnisse zu geben? (Geisterzeit.) Weil ich die Selbstverwaltungsbefugnisse besser kenne, habe ich die Sache so organisiert, wie es der Schule nützlich und der Bevölkerung angenehm sein wird. (Beifall rechts.) Bezüglich der Schulstiftungen soll ich über das Zentrum noch hinausgegangen sein. Aus welchen Quellen sind denn die Schulstiftungen entstanden, wenn nicht aus persönlichem Interesse, ohne daß Beziehungen zur Gemeinde bestanden. Da sollen die Stiftungen den Gemeinden übergeben werden! Ich will die Schule benutzen, um die Kinder selbstständig denken zu lehren, sagt Herr Richter. Darin stimme ich ihm vollständig bei. Ich bedaure, was Herr Reichensperger gestern über den Umfang der Lehrpläne gesagt hat. Ich werde mich freuen, wenn mein Standpunkt von der Lehrernoth getheilt wird. Daß mein Schulgesetz eine Einschränkung enthält, befreite ich. Es wird Niemandem gelingen, das zu beweisen. (Beifall rechts.)

Abg. Stöcker (konf.): Es handelt sich um einen Kulturkampf, den Herr Richter mit den Nationalliberalen zusammen unternehmen will. Die Herren finden sich zusammen, wenn es sich darum handelt, die Stärkung der Kirche zu bekämpfen. (Gelächter links.) Daß dieser Kulturkampf kommen solle, haben wir aus der Judenpresse gesehen. (Gelächter links.) Herr Richter, das internationale Judenthum wird mit Ihrer Rede zufrieden sein! Herr Richter will die Vorlage hier im Plenum beraten, was sollte dabei herauskommen, wenn wir noch eine Menge solcher Reden hören müßten! (Zuruf links: Wie Ihre Rede! Geisterzeit links.) Einen Kulturkampf mit Ihnen fürchten wir nicht; beim früheren Kulturkampf handelte es sich um die Kirche, bei Ihrem Kulturkampf aber um nichts; um nichts kann man keinen Kulturkampf kämpfen. (Zu! links.) Die Reden von Richter und Unneckerus zeigten, daß wir auf einem so verschiedenen Standpunkt stehen, daß wir uns über eine solche Vorlage nicht verständigen können. Der Vorwurf, daß wir im vorigen Jahre die Anträge des Zentrums verworfen haben, ist nicht ganz richtig; diese Anträge gingen zum Theil viel weiter. Unrichtig ist es, daß die Konservativen gegen den Besitz des Geistlichen in dem Schulvorstande gewesen sind. Ein ja reformandi in altem Sinne besteht nicht mehr, aber aus dem Bestehen, das Leben des Volks zu reformieren, ist die Vorlage hervorgegangen. Dafür fehlt aber der Linken das rechte Verständnis. (Zustimmung rechts.) Ich gehöre nicht zu denen, welche die Schule bei diesem Prozesse der Volksgesundheit für das Wichtigste halten; Kirche und Familie sind ebenso wichtig. Aber alle drei Faktoren richten nichts aus, wenn die verachtete öffentliche Meinung, die bei uns herrscht, bestehen bleibt. (Zustimmung rechts.) Werfen Sie die Kinder in das öffentliche Leben, so verfallen sie der Unstetlichkeit. Das Christenthum ist ein so bedeutender Faktor unseres Lebens, daß niemand sich zurückfinden kann, der nichts davon weiß. Bezüglich des Religionsunterrichts der Kinder der Dissidenten sprach der Abg. Jolle im vorigen Jahre in der Kommission eben so wie heute der Kultusminister. Sehen Sie sich erst mit Ihren Parteigenossen aneinander, Herr Richter, ehe Sie mit solchem das ganze Haus erschütternden Pathos hier auftreten. Wenn die Lehre der Kirche nicht gefällt, der kann austreten; aber so lange er in derselben bleibt, muß er auch seine Kinder religiös erziehen lassen. Eine Konzentration des Unterrichts ist nur möglich, wenn die Religion alle Unterrichtsfächer durchdringt, was nur möglich ist bei konfessionell gebildeten Lehrern. Wenn eine Minderheit von Kindern anderer Konfession vorhanden ist, so halte ich es für ganz praktisch, wenn nach Herrn Richters Vorschlag der Religionsunterricht von dem Geistlichen ertheilt wird. Dringend notwendig ist eine gesetzliche Regelung des Schulwesens für die Lehrerwelt. Die finanziellen Ansprüche der Lehrer haben große Anruhe hervorgerufen, welche durch die Vorlage beseitigt werden muß, indem die streitigen Fragen alle gesetzlich geregelt werden. Daß die Volksschulen die Sozialdemokratie nicht unmittelbar bekämpfen, ist klar, aber durch ein scharfes, festes Schulwesen werden die Grundlagen gelegt für das spätere Leben. Nicht der platte laible Verstand, sondern das Herz macht es, daß man die Gesellschaftsordnung versteht und anerkennt. Abg. von Kardorff (sf.): Das Sozialistengesetz ist aufgehoben und daraus hat das Volk den Schluß gezogen, daß alle Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie ungerichtlich waren. In der letzten Zeit ist das Verhältnis zwischen Staat und Kirche ein ziemlich ruhiges gewesen, gerade deswegen muß zu einer Abgrenzung der gegenseitigen Rechte geschritten werden. Gefährlich ist die Freigebung der Privatschulen, soweit sie die Volksschule ersetzen sollen. Die Sozialdemokraten verfügen über die meisten Mittel und so werden bald die großen Städte mit sozialdemo-

kratischen Privatschulen überziehen. Auch die Polen werden, wenn nicht auf dem Lande, so doch in den Städten polnische Privatschulen errichten. Das dürfen wir nicht gestatten.

Nach einer längeren persönlichen Bemerkung des Abgeordneten Richter wird die weitere Berathung bis Donnerstag 11 Uhr vertagt. Schluß 4 Uhr.

Lokales.

Die Zustände in der Berliner Arbeiterkolonie sind von uns vor kurzem erst einer eingehenden Betrachtung unterzogen worden. In der Zwischenzeit ist uns noch eine Fülle von Material zugegangen, welches unsern Artikel nach mancher Richtung hin ergänzt. So wird uns berichtet, daß im Laufe des verfloffenen Jahres 2255 Personen um Aufnahme und Beschäftigung in der Kolonie nachsuchten. Es gehört schon eine gewisse Selbstverleugnung dazu, in der Kolonie vorzusprechen, da nhergrade Jeder weiß, daß dort bei einer strengen Disziplin, die von der der Erntestadt nicht viel verschieden ist, Reichthümer nicht zu holen sind. Im Gegentheil, wenn Essen und Wohnen „abgearbeitet“ wird, so kann schon jeder Kolonie-Arbeiter zufrieden sein. Wenn also ein solcher Andrang zu den Kolonien herrscht, so ist das ein deutlicher Beweis für die Arbeitslosigkeit, die Tausende von Menschen auf das Pflaster wirft. Es wurden denn auch nur 526 der sich Meldenden aufgenommen in der Kolonie, die man getroffen als ein „freiwilliges Judithaus“ bezeichnen kann. Diese 526 Mann sind denn wirklich eine Streitmacht von „freien“ Arbeitern, mit denen Alles anzufangen ist. Die Leute sind „starke Muskeltiere“, denn sie müssen erst vom Arzt untersucht werden, ehe sie als körperlich brauchbar Aufnahme finden. Ist die ärztliche Kontrolle glücklich passiert, dann kommt noch der „Man“ von's Geschäft. Der legt Jedem ein Formular vor, das zu unterschreiben ist. Wer sich weigert zu unterschreiben, fliegt hinaus, und wer unterschreibt, muß die Verpflichtung eingehen, mindestens 4 Wochen in der Kolonie zu arbeiten, aber auf je 2 Ersparnisse zu verzichten, deren Verlust so wie so stattfinden würde, wenn ein vorzeitiges Verlassen oder ein Verstoß gegen die Hausordnung sich ereignen sollte.

Die Kolonie hat sich übrigens den modernen Geschäftsprinzipien durchaus angepaßt, sie läßt für ihr Geschäft auch „reinen“ — „commis voyageurs“ des nach modernen Prinzipien geleiteten Wohlthätigkeitsinstitutes. Die intelligentesten Insassen der Kolonie werden ausgesandt, um neue Mitglieder anzuwerben. Wenn Jemand „gemacht“ wird, so erhält er eine Anzahl Formulare, die ihn berechtigen, für seinen Vereinsbeitrag jeden Arbeitstagen von der Thür und nach der Kolonie zu verweisen. Diese „Bons“ sehen etwa so aus:

Der Berliner Arbeiter-Kolonie,
Reinickendorferstr. 36a,
überweist den Ueberbringer
Berlin, den 189 ..
Das Vereinsmitglied

Ein solcher „Bon“ genügt für die Herren Bougeois. Wer die wohlthätige Hand, die ihn durch diese Anweisung auf die Kolonie gerichtet wird, zurückweist, das ist einer der verstocktesten Sünden der Welt, — jedes Vereinsmitglied hat demnach Alles getan, was es nur immer thun konnte, indem es dem hungernden Arbeiter eine solche Anweisung ausstellte.

Es scheinen aber doch schon bei Vereinsmitgliedern Zweifel entstanden zu sein, ob die Kolonie der richtige Weg ist, der bei der Arbeitsvertheilung eingeschlagen werden muß. Die Furcht vor dem freiwilligen Arbeitsnachhaus der Arbeiterkolonie giebt sich in folgender Karte kund, welche eine Dame an irgend einen Förderer der Anstalt schrieb, als sich ein Arbeitsloser bei ihr mit guten Empfehlungen meldete:

Verehrter Herr Pastor!
Ich erlaube mir, Ihnen den Ueberbringer dieser Karte zuzuschicken. Er macht einen so ordentlichen Eindruck, scheut sich aber, in die Arbeiterkolonie zu gehen, indem er meint, dadurch nachher schwer eine Stelle zu bekommen. Dem ist aber doch gewiß nicht so? Sie können ihm gewiß zurecht helfen, wie schon so Vielen Anderen.
Mit bestem Gruß

Die Dame mag's von ihrem Standpunkte aus ganz gut meinen. Aber weder wird der „verehrte Herr Pastor“ noch die „Arbeiterkolonie“ helfen können, — die Weiterentwicklung der Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft hält der Pastor nicht auf und die Dame auch nicht. Die Leute, welche heut nach einer Arbeiterkolonie gedrängt werden, sind Proletarier, sie gehören dem vierten Stand an, und auch für diesen wird eine Erlösung kommen.

Die genaue und planmäßige Erforschung der ländlichen Arbeiter-Verhältnisse hat, wie berichtet wird, der „Verein für Sozialpolitik“ sich als neuestes Ziel gesetzt. Im Auftrage des Vereins versendet der Geheimen Ober-Regierungsrath Dr. Thiel in Berlin an die größeren Landwirthe im Deutschen Reich Fragebogen, denen ein Begleitschreiben beigefügt ist, in welchem es u. a. heißt: „Der Verein für Sozialpolitik hat beschlossen, eine Aufnahme der ländlichen Arbeiter-Verhältnisse zu veranstalten und zu diesem Zwecke die Mitwirkung der ländlichen Arbeitgeber anzurufen. Unter allen Fragen, welche die Landwirthe jetzt bewegen, steht die Arbeiterfrage obenan und wird dieselbe aus verschiedenen Gründen wirtschaftlicher und sozialer Natur auch sobald nicht von der Tagesordnung verschwinden. Um vorhandene Schäden in dem ganzen Arbeiter-Verhältnis zu verbessern, mangelhaften Zuständen abzuhelfen, unberechtigten Anforderungen mit Erfolg entgegenzutreten und die öffentliche Meinung und damit auch den Gang der Gesetzgebung rechtzeitig beeinflussen zu können ist eine klare und zuverlässige Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse erste Vorbedingung. Sie wollen uns über die Verhältnisse Ihres Distrikts genaue Auskunft geben.“ — Der ganze Werth dieser „genauen und planmäßigen Erforschung der ländlichen Arbeiter-Verhältnisse“ ergibt sich aus dem Umstande, daß hier wieder einmal die Landwirthe, d. h. sogenannte Arbeitgeber berufen sein sollen, über Arbeiter-Verhältnisse Auskunft zu geben, nicht aber die Arbeiter selbst. In den Klustern der Gutsherrn wird jedenfalls von vorhandenen Schäden, die zu verbessern, von mangelhaften Zuständen, denen abzuhelfen, wenig, desto mehr aber von unberechtigten Anforderungen, denen entgegenzutreten ist, die Rede sein. In welchem Sinne demnach die öffentliche Meinung und die Gesetzgebung beeinflusst werden wird, das kann man sich lebhaft denken. Wie kann es auch anders sein in der Ära der kapitalistischen Interessenwirtschaft!

Wegen Majestätsbeleidigung und Aufforderung zum Landesverrath wurde gestern Abend der Metallpreßer Bernader in der Neuen Welt verhaftet, wo er in einer Versammlung, welche gegen die Taktik der sozialdemokratischen Parteileitung protestirte, das Wort genommen hatte. Er wurde am Rednerisch von den überwachenden Gendarmen als verhaftet erklärt und in das Amtsgefängnis übergeführt. Seitens des königlichen Amtsgerichts Nizdorf ist die Verhaftung aufrecht erhalten worden.

Von einer seltsamen Schlafsucht ist die 25 Jahre alte, unverheiratete Anna Biebert, welche in Reinickendorf bei der in dem Hause Residenzstr. 18 wohnhaften Rentnerin, Fraulein Döwert, dient, befallen worden. Seit vier Tagen, regelmäßig um 9 1/2 Uhr Abends, stellte sich bei dem Mädchen plötzlich unüberwindliche Müdigkeit ein, es fällt in tiefen Schlaf und erwacht erst am nächsten Nachmittage gegen 5 Uhr wieder. Am 22. d. M., Abends, wurde die Thüre zu dem Zimmer der

Schlafenden, nachdem diese durch nichts zu erwecken gewesen war, gewaltsam geöffnet. Es gelang erst einem Arzte nach langer Mühe, dieselbe in das Bewußtsein zurückzurufen. Bei dem Erwachen zeigte das Mädchen, was jetzt stets in der Zeit des Wachens, einen ungewöhnlich starken Appetit und verfiel dann stets wieder in den festen Schlaf zurück. Während desselben ist das Mädchen nicht unempfindlich gegen äußere Einflüsse, zudt vielmehr, wenn es geknickt oder sonst wie angefaßt wird, zusammen und fängt auch zu weinen an, ohne indeß zu erwachen. Wertwürdig ist es, daß die Person bereits in den Monaten Februar und Mai v. J. dieselben Erscheinungen gezeigt hat. Gegenwärtig steht sie in Behandlung der Doktoren Berliner und Kaufmann, auf deren Anordnung sie voraussichtlich demnächst in der Charite Aufnahme finden wird.

Die „Sozietät“ des Untersuchungs-Gefangenen „Bankiers“ Dr. J. Böhm mit dem Fräulein Helene Goldstein fand gestern Vormittag statt. Das Freudenfest ging den Umständen entsprechend, ohne allen Pomp vor sich und beschränkte sich auf den vorgeschriebenen standesmäßigen Akt im Saal des XII. Hier sprach der Standesbeamte Dr. Knäcke in Gegenwart mehrerer Zeugen und zweier Gerichtsdiener, welche den Untersuchungs-Gefangenen geleitet hatten, das Paar zusammen. Nach Erledigung der gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten wurde Dr. Böhm in das Untersuchungs-Gefängnis zurückgebracht und bald darauf ließ sich die junge Ehefrau bei dem Untersuchungsrichter vormelden, um eine kurze Zwiegespräche mit ihrem Ehemanne zu halten.

Unter sehr trübsamen Umständen endete gestern Vormittag um 11 Uhr der in dem Hause Poststr. 19 wohnhafte 60 Jahre alte Tischler Haller durch Selbstmord. Derselbe war an einem Fußhübel erkrankt und konnte daher seit längerer Zeit seine Wohnung nicht verlassen. Deswegen bemächtigte sich seiner ein derartiger Nismuth, daß er ein gewöhnliches Küchenmesser schärfte und damit sich den Hals bis zum Wirbel durchschneidete. Die Leiche wurde in das polizeiliche Schauhaus gebracht.

Eine entsetzliche Szene spielte sich in der Nacht zum Freitag auf dem Bahnhof des benachbarten Straußberg ab. Als Nachts um 1 Uhr der Güterzug nach Berlin aus dem Bahnhofe herausfuhr, sahen die Stationsbeamten auf einem Wagen einen Mann, der zwischen den Puffern und der Nothbremse hing; sofort wurden Nothsignale gegeben, die jedoch von dem Lokomotivführer überhört wurden und so waren die Anwesenden Zeugen der schrecklichen Szene, die sich bald darauf abspielte. Der Unglückliche versuchte aus Selbstkräften sich aus der furchtbaren Lage herauszuarbeiten und auf den Puffern einen sicheren Halt zu gewinnen. Trotz aller Anstrengungen gelang es ihm aber nicht und mit einem gellenden Schrei fiel der Aermste herunter, gerade auf die Schienen, um dann von den Rädern der nachfolgenden Wagen zermalmt zu werden. Als der Zug zum Stillstehen gebracht wurde, fand man den entsetzlich verstümmelten, einen Bremser K. aus Berlin, bereits todt vor.

Der hiesige Zentral-Viehhof ist seit vorgestern wegen Ausbruches der Maul- und Klauenseuche für jeglichen Verkehr geschlossen worden! Seit gestern Mittag sind in den einzelnen Abtheilungen des Viehhofes die folgenden Viehbezugsstellen beantragungen angeschlagen:

Durch Verfügung des königlichen Polizei-Präsidentiums vom heutigen Tage ist der Rindertrieb vom hiesigen Viehhofe bis auf Weiteres verboten. Ueberstände vom vorwöchentlichen Ausrtrieb dürfen in der Rinderhalle nicht aufgestellt werden. Berlin, den 24. Januar 1892. Der königliche Departements-Vhierarzt Wolff.

Der Atrieb von Vieh aller Art vom hiesigen Zentral-Viehhofe ist bis auf Weiteres untersagt. Berlin, den 24. Januar 1892. Königlich Polizei-Präsidentium. J. A.: Wöhrmann, Kreis-Vhierarzt.

Dr. Rosen's Poliklinik für Nervenleiden, Elektrotherapie u. Markgroßenstr. 100, in welcher Unbemittelte unentgeltlich behandelt werden, findet Wochentags regelmäßig um 1 1/2 Uhr Mittags statt. Die Sprechstunden für Mitglieder des Gewerkschafts-Vereins, als dessen Spezialarzt Dr. Wolf fungirt, finden daselbst Wochentags von 11 1/2—1 1/2 Uhr, Sonntags von 12 1/2—1 1/2 Uhr statt.

Polizeibericht. Am 25. d. M. Vormittags brachte sich ein Tischler in seiner Wohnung in der Dorfstraße mittelst Rasirmessers einen Schnitt in den Hals und in das Handgelenk bei und verstarb bald darauf. — Vor dem Schanklokal Altesstr. 28 entstand zwischen einem Fuhrherrn und einem Gastwirth eine Schlägerei, wobei Ersterer durch einen Messerstich am Halse bedeutend verletzt wurde. — In der Nacht zum 26. d. M. wurde ein unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehendes Mädchen an der Ecke der Garten- und Invalidentraße von dem Jubalier Oswald schwer gemißhandelt, weil es seine Geldforderung zurückgewiesen hatte. Als ein anderer Mann für das Mädchen Partei ergriff, brachte ihm Oswald einen Messerstich in den Kopf bei, so daß er nach der Sanitätswache in der Eichendorffstraße gebracht werden mußte. Der Thäter wurde verhaftet. — Am 25. d. M. fanden 2 Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Unser Genosse Wilhelm Wend, welcher in Magdeburg wegen Majestätsbeleidigung inhaftirt ist, stand gestern vor der Strafkammer hiesigen Landgerichts II, um sich wegen Vergehens gegen § 181 St.-G.-B. zu verantworten. Dieser Paragraph lautet: „Wer erdichtet oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellte sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft.“ Der Angeklagte, welcher wegen Vergehens gegen die Religion mit 1 Monat Gefängnis vorbestraft ist, hat am 25. Juli v. J. in Weissenhof einen Vortrag gehalten und sich durch denselben die jetzige Anklage zugezogen. Die Verhandlung fand auf Antrag des Staatsanwalts unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte hatte in der inkriminirten Rede das Militärwesen einer sehr scharfen Besprechung unterzogen, bekannte sich auch im allgemeinen zu den inkriminirten Unterwendungen und führte des Längeren, unter Berufung auf die Bibel, Psalmen u. A. aus, daß dieselben seinen Anschauungen durchaus entsprächen. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Stadthagen, machte gegen die Anklage geltend, der § 181 verlange die Veröffentlichung entstellter „Thatsachen“, hier könne aber nicht von solchen, sondern nur von Urtheilen die Rede sein. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis und der Gerichtshof erkannte auf 6 Monate Gefängnis. Er hatte keinen Zweifel darüber, daß der Angeklagte falsche und entstellte Thatsachen behauptet habe und erdichtete dieselben in der Behauptung, daß der Militarismus zahllose Menschenleben auf dem Gewissen habe und die Militärs schließlich auf eine Stufe mit gewöhnlichen Tölpelknechten zu stellen seien. Daß der Zweck des ganzen Vortrages dahin gegangen sei, das Militär verächtlich zu machen, ergebe sich aus dem Zusammenhange. Der Angeklagte wurde nach dem Termin nach Magdeburg zurücktransportirt.

Die Verhandlung gegen den Bäckermeister Gante, den Grundstücks-Agenten Köppen und den Kaufmann Hugo Ehrlich wegen Betrugs und Untreue, welche gestern vor der I. Strafkammer hiesigen Landgerichts I sich abspielte, ist erst in der ersten Abendstunde zu Ende gekommen. Es handelt sich bekanntlich darum, daß die drei Angeklagten beschuldigt werden, bei Gelegenheit eines Hausaustausches, den die Frau Wob. Justizrat

Jeder im Jahre 1887 mit ihrer Villa in Nieder-Schönhausen gegen ein Haus Wandelstraße 26 vorgenommen, nach einem gemeinschaftlichen Plane die alte Dame um ca. 20 000 M. geschädigt zu haben. Das Reichsgericht hatte das erste Erkenntnis derselben Strafkammer vernichtet, die umfangreiche Verhandlung hatte jedoch dasselbe Ergebnis wie das erste Mal: Haufe und Rapp wurden wiederum zu je 1 Jahr, Ehrlich zu 1 Jahr 1 Monat Gefängnis verurteilt. Obgleich das Gesetz nur von Anrechnung der Untersuchungshaft auf die Strafe spricht, hielt es der Gerichtshof doch für gerecht, den Angeklagten die Zeit von fast drei Monaten, welche sie nach dem ersten Erkenntnis bereits in Strafkammer zugebracht haben, anzurechnen. Die Angeklagten verblieben diesmal auf freiem Fuß.

Wegen verübten Betruges hatte sich gestern der Architekt Wilh. Thiel vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte war in dem Bau-Bureau des Neubaus der Garde-Korps-Beserne beschäftigt. Die Intendantur hatte zur Herstellung der Beserne und der dazu nötigen Material-Lieferungen eine Submision ausgeschrieben. Zu den Bewerbern gehörte auch der Fabrikant K., dessen Forderung auch, wie der Angeklagte zu erfahren Gelegenheit hatte, die niedrigste war. Er will aber auch bemerkt haben, daß das Anerbieten K's etwas nach dem festgesetzten Termine eingelaufen war. Nun richtete er einen Brief ohne Unterschrift an die Firma, worin er anzeigte, daß ihre Forderung die niedrigste sei und somit Aussicht auf Annahme habe, wenn die übrigen Bewerber nicht erfahren, daß die Offerte etwas zu spät eingegangen sei. Dies zu verhindern sei er in der Lage und er wolle es thun, wenn man ihm sofort unter angegebener Schiffe 50 M. und nach Annahme der Offerte weitere 150 M. schicken wolle. Die Firma sandte den Brief der Intendantur ein, als der Verfasser wurde der Angeklagte ermittelt, derselbe entlassen und wegen verübten Betruges unter Anklage gestellt. Der Gerichtshof war darüber im Zweifel, ob eventuell nicht ein Vergehen im Amte vorliege und da der Angeklagte bestritt, daß er amtliche Eigenschaften besessen habe, so wurde die Verhandlung verlagert, um über diesen Punkt Ermittlungen anzustellen.

Verhandlungen.

In der Generalversammlung der Freien Vereinigung der Graveure, Hsleure und verwandten Berufsgruppen theilte der Vorsitzende mit, daß ein großer Theil der Mitglieder wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mußte und infolge dessen sich die Mitgliederzahl um circa 30 Kollegen verringerte. Trotzdem sind die Kassenverhältnisse der Vereinigung als günstig zu bezeichnen. Bibliothek und Arbeitsnachweis wurden gut benutzt. Die Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: Vorsitzende Guttman und Hälbil, Kassier Krause und Urbach, Schriftführer Wunderlich und Schwahn, Sekretär Holstein, Beisitzer Meißel, Kröbel, Müller und Witzig. Die Anträge, die Sitzungen auf jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, oder auf jeden 2. und 4. Montag im Monat zu verlegen, wurden abgelehnt, desgleichen (mit 1 Stimme Majorität) ein Antrag des Kollegen Guttig, wonach jene Mitglieder, welche länger als drei Monate die Beiträge schulden, nicht mehr durch Postkarte zum Zahlen aufgefordert, sondern einfach gestrichen werden sollten. Den streikenden Buchdruckern bewilligte man 25 M. aus der Vereinskasse. Am 18. Januar wurde die Generalversammlung fortgesetzt. Zunächst verlas der Vorsitzende Guttman ein Zirkular vom Königl. Kunst- u. Gewerbeamt, aus welchem hervorging, daß daselbst in der Zeit vom 1. Januar bis Ende März unentgeltlich Vorlesungen stattfinden werden über: 1. Deutsches Kulturleben im Mittelalter, 2. Technik und Geschichte der graphischen Künste, 3. Geschichte der Buchausstattung, 4. Geschichte der Kunsttyperei. Hierauf schilderte der Vorsitzende das Wirken des Vereins seit dessen Gründung. Ein Antrag des Kollegen Urbach, den „Fachgenossen“ vom 1. April ab, vorläufig auf 6 Monate, den Mitgliedern auf Kosten des Vereins gratis zu überlassen, sofern dieselben nicht mehr als drei Monatsbeiträge schulden, wurde angenommen, nachdem im Laufe der Diskussion ein Antrag gestellt worden war, sämmtlichen Mitgliedern ohne Rücksicht auf die Anzahl der schuldigen Monatsbeiträge den „Fachgenossen“ zu verabsolgen. Zu Revisionen wurden die Kollegen Wolf, Kasper und Peterjohn ernannt. Den Punkt: „Wahl des Vergütungskomitees“ stellte man zurück. In die Beitragseinzugs-Kommission wurden die Kollegen Grill, Reumann und Wolf gewählt. Ferner beschloß die Versammlung, daß die Bibliothek nur an den Vereinsabenden geöffnet werden solle, da dieselbe an den dazwischen liegenden Montagen zu wenig benutzt würde. Der Vorsitzende macht zum Schluß bekannt, es werde in der nächsten Zeit ein Flugblatt erscheinen, ferner eine Wanderversammlung stattfinden. Zwei Kollegen ließen sich aufnehmen.

Freie Vereinigung sämtlicher in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. Ten werden Kollegen und Kolleginnen zur Mittheilung, daß am Mittwoch, den 27. Januar, Abends 8 Uhr, in Scherff's Lokal, Fiedlerstr. 10, eine Generalversammlung stattfindet. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Wahl des Verwaltungsrathes. 3. Com. Statutenberathung. 4. Verschiedenes und Fragstunden.

Kauzklub „Vollreife“ jeden Mittwoch Abends 8 Uhr bei J. Steuer, Weinstr. 22. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Allgemeiner Arbeiterinnen-Verein Berlin und Umgegend (Hilfs-Norden). Sitzung: Große Versammlung am Mittwoch, den 27. Januar cr., Abends 8 Uhr, in Engel's Salon, Bahstr. 25. Tagesordnung: Vortrag der Frau Henriette Schmidt über den Frauen-Kultur, Pflicht und Recht. **Freiwillige Vereine.** Mittwoch, den 27. Januar, Abends 8 Uhr, Hofmeisterstr. 22, 1 Tr., Volksversammlung.

Sportklub „Eise und Pflanzklub am Mittwoch. „Eisenbrunnens“. Sitzung jeden Mittwoch Abends 8 Uhr bei Hofmeister, Hofmeisterstr. 22. **Freiwillige Vereine.** Mittwoch, den 27. Januar, Abends 8 Uhr, Hofmeisterstr. 22, 1 Tr., Volksversammlung.

Freiwillige Vereine. Mittwoch, den 27. Januar, Abends 8 Uhr, Hofmeisterstr. 22, 1 Tr., Volksversammlung.

Freiwillige Vereine. Mittwoch, den 27. Januar, Abends 8 Uhr, Hofmeisterstr. 22, 1 Tr., Volksversammlung.

Scherff's Lokal, Steglitzerstraße 18. Geschäftsbes.: J. Schmidt. Gäste willkommen. — **Hamorischer Verein „Pipifax“.** Mittwoch Abends 8 Uhr Sitzung beim Restaurateur Wöhring, Amalstr. 10c. 2. Hof rechts, 1 Tr. 1. Nachbar J. Schmidt. Herren und Damen als Gäste willkommen.

Vermischtes.

Am Königsberg i. Pr. wird gemeldet, daß das Theater in Königsberg vollständig niedergebrannt ist. 20 000 Mark beträgt allein der Schaden an vernichteten Utensilien. 340 000 M. beträgt die bis jetzt ermittelte Summe, welche der oldenburgische Pastor Rüller vermöbelt hat. Man fürchtet, daß der Kerl noch mehr unterschlug.

Wie ein Märchen aus uralten Zeiten liest sich folgende Mittheilung bayrischer Blätter: Jeder Bürger Klingenberg's in Unterfranken erhielt am vorletzten Sonntag aus der Gemeindefasse 300 M. baar, 3 Ster Holz, ein halbes hundert Bellen, 2 M. für den Sedanstag, Streu oder 15 M. Strengeld. Gemeindefassungen werden in Klingenberg nicht erhoben.

Antisemitische Schmiefinken haben in Bedürfnisstellen rheinischer Bahnhöfe zc. massenhaft folgenden Vers angebracht: „Wie an der Eiche Pilz und Schwamm, so wuchert der Jude am Menschenstamm.“

Auch eine Folge des „Rebegesenes“. Ein Winter in Piesport hatte im Laufe des letzten Jahres mit dem Einleben der Marken für seine Dienstmagd nicht recht fertig werden können und am Schlusse des Jahres war die Karte in schöner Ordnung. Diese ewigen Qualereien hatten den Mann gedrohen, er wählte das kleinere Uebel, ging mit der Dienstmagd aufs Standesamt und heirathete sie. Der unglückliche Bräutigam zählt 55, die Braut 27 Jahre.

Um ca. eine Million Mark ist, wie die „Kreuz-Zeitung“ schreibt, die Stadt Olpe von ihrem früheren Rentmeister durch Veruntreuungen geschädigt worden. Der Bürgermeister wurde seines Amtes entsetzt und sein Vermögen mit Beschlag belegt. — **Nette Ordnungsführer!**

Großes Unglück. In Lobodskoi, einem am Flusse Dnjak in Ostpreußen gelegenen Städtchen mit etwa 7000 Einwohnern, stürzte am 18. Januar während des Gottesdienstes das Portal der Kirche ein, wobei mehr als 50 Personen theils erschlagen, theils schwer verwundet wurden.

Eisenbahn-Katastrophe. Auf der Transkaukasischen Eisenbahn stießen zwei Güterzüge zusammen. Beide gerieten in Brand. Sechs Fahrbeamte sind todt, drei verwundet. Wie es heißt, waren beide Züge mit Petroleum beladen.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.) **Riga, 26. Januar.** Das Ministerium der Volkswirtschaft hat nunmehr endgültig beschlossen, das baltische Polytechnikum in Riga zu russifizieren. Schon im laufenden Jahre soll mit den russischen Vorkursen begonnen werden.

Schaff, 26. Januar. Eine hiesige chemische Fabrik kündigte 100 Arbeitern.

London, 26. Januar. Gestern kündigten die Kohlenbergwerke der Grafschaft Cumberland für den 8. Februar ihren Arbeitern eine Lohnherabsetzung von 15 pCt. für Untertagelarbeit und 5 pCt. für Ubertagelarbeit an. Die Bergleute beschloßen, die Lohnverminderung zu bekämpfen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.) **Petersburg, 26. Januar.** Auf Befehl des Kaisers wird in den von dem Nothstand betroffenen Gouvernements den Bauern, welche ein Handgeräthe betreiben, das nöthige Holz aus den Kronforsten unentgeltlich überlassen.

Briefkasten der Redaktion.

W. C. 10. Sie haben der Sache den richtigen Namen gegeben. Es ist Schwindel.
M. W., Gastwirth. Das ganze Gerede ist eine dreifache Unwahrheit.
M. S., Wollinerstr. Die Mutter erhält die Hälfte. Die andere Hälfte erhalten die beiden Kinder.
P. K., Newelstr. Es giebt in dieser Beziehung keine Beschränkung.
Marie. Die Brüder sind zur Unterstützung ihrer Mutter verpflichtet. Ihre Mutter würde allerdings nach Stettin ziehen müssen.
F. S., Chausseestr. 51. Wir können der Angelegenheit zu unserem Bedauern nicht näher treten.
E. W. K., Rosenthalerstr. Wir werden bei Gelegenheit auf Ihren Vorschlag zurückkommen.
K., Gelsenkirchen. Es ist genug des grausamen Spiels.
Max Poupal. Brief traf zu spät ein.
J. Kurzweg. Ihr Brief ist weder in der Redaktion noch in der Expedition eingetroffen.
Klara Händler. Sprechstunde ist von 12—1 und von 7 bis 8 Uhr.

Achtung! Achtung!

Allg. Arbeiterinnenverein Berl. u. Umg. Sonnabend, den 30. Januar, in Jodl's Salon (ob. Saal), Androasstr. 21:

Winter-Fest,

verbunden mit Tanz und komischen Vorträgen, und gütiger Mitwirkung der beiden musikalischen Klubs Gebr. Brenner. Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pfg. mit Tanz. Billets sind bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. Um zahlreichen Besuch bittet 176/4 Das Komitee.

Tabakarbeiter und Arbeiterinnen.

Donnerstag, den 28. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Feindt, Weinstr. 11:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Der Gewerkschaftskongress in Halberstadt. Wahl einer Wahlprüfungs-Kommission und Aufstellung eines Kandidaten zur Delegirtenwahl. (1159b) Die Kommission.

Die in Aussicht genommene Versammlung der Sattler und Tapezierer findet Umstände halber nicht am Donnerstag, den 28. Januar, sondern erst später statt. 1159b

Die Beleidigung gegen Herrn Pechhausen nehme ich zurück, und habe mich mit ihm auf dem Schiedsamt geeinigt. (1157b) C. Reber.

Sinderwagen. Größtes Lager Berlins. Andreasstr. 23 P. v.

Cöpenick.

Allen Parteigenossen zur Nachricht, daß ich das Zigarrengeschäft Grünauerstraße 4 von Franz Ungering künftlich übernommen habe. Es soll mein Bestreben sein, für gute und reelle Waare Sorge zu tragen. 1929L Bitte um geeigneten Zuspruch. Ernst Hertel.

Achtung! Keil. Laden.

Nur eigene Fabrikation, 25 Zigaren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentafel 2 Pfd. 60 Pfg. 1785L H. F. Dinolag, Kottbuserstr. 4, Hof part.

Kostüme 20—50 M. Baumann, Adalbertstr. 13 IV. 1149b

Rigdorf, Kopsstr. 35a, fremdbl. Wohn. v. 1—3 Stuben u. Zub. Wasserf. Clof., billig zu verm. 459/M

Allen Verwandten und Genossen die traurige Nachricht, daß mein Mann, unser Vater, der Mübelpolier Gustav Wagner, am Sonntag, den 24. Januar 1892, kauft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. Januar, Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Wilhelmshagen aus statt. Die trauernde Familie Wagner.

Am Montag, den 25. d. M., starb meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter **Auguste Herfort,** geb. Lüdtke im 61. Lebensjahre. Dieß zeigen tief betrübt an 1990L Berlin, den 26. Januar 1892. Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. d. M., Nachm. 2 1/2 Uhr, auf dem Neuen Jerusalemer Kirchhof bei Witt statt.

Für die vielen Beweise herzlichster Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Buchbinders **Otto Bleich** 1152b biermit innigsten Dank; besonderen Dank seinen Kollegen und Kolleginnen, auch dem „Kammer'schen Gesangsverein“. **Wittwe Bleich, Reherstr. 14.**

Rigdorf, Berlinerstraße 70, sind freundliche Wohnungen von Stube und Küche, separater Eing., von 150 bis 210 M. sofort zu verm. (1044b)

Ein schönes Bett sof. billig zu verk. Brägerstr. 10, voren part. 1151b

Empfehle den Vereinen und Genossen meine Saaldekoration mit Fahnen, Bannern und großer Laffalle-Büste zu jeder Festlichkeit. **Otto Arendt,** Friedenstr. 78, part. 1855b

66. Resterhandlung. 66. Billig Reste zu Anaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl zu Paletotstoffen, sowie zu Damen-Wintermänteln, Jacketts, Double, Plüsch, Pelz, Krimmer, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. 1911L Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Anaben-Anzüge. **66. Karle, Waldemarstrasse 66.**

Künstliche Zähne 2 Mark. Plomben von 1,50 M. an. Schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8—7 Uhr. Zahnarzt **Robert Wolf,** Chausseestr. 129, am Oranienb. Thor.

Wehl, Vorkost, Holz u. Kohlen-geschäft m. Rolle zu verk. wegen Aufgabe des Geschäfts. Jung, Poppstr. 1.

Posenerstr. 4, v. III b. Verner Stube und Küche, 246 M., z. 1. 4. 92 oder früher zu vermieten. 1158b

Bessere Schlafstelle für zwei Herren Gitschinerstr. 87a bei Uhle. 1159b

Schlafst. b. a. f. Schuhmacher, Wobmannstr. 16, Du. I, Ernold. 1146b

Frdl. Schlafst. f. 2 Herren Bräudenstr. 10a, Hof I. IV. Hildebrandt.

Genosse sucht inobl. Schlafst. (allein). Preis v. 10—13 M. m. Kaffee z. 1. Febr. Adr. Ginge u. Co., Köpenickerstr. 110.

Arbeitsmarkt. Ein Buchhalter, erfahren in allen kaufm. Arbeiten, bittet um sofortige Beschäftigung. Derselbe fertigt alle schriftlichen Arbeiten in und außer dem Hause und würde auch Unterricht in Buchführung zc. ertheilen. Gefl. Anfragen beliebe man an die Exped. d. Bl. zu richten. Suche sogl. zur Erlernung der Kunst- und Bildergläsererei einen Lehrling. **H. Remig, Doppelnerstr. 1, im Baden.**